

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand: Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Leg' an!

Leg' an! Leg' an die Hand ans Werk,
Noch bist du weit vom Ziel;
Laß Klagen, wen die Pflicht nicht treibt,
Der Schwachen gibt es viel.
Leg' an! Leg' an die Hand ans Werk,
Schreit' tapfer deine Bahn;
Des Herrgotts heller Sonnenschein
Führt dich den Berg hinan.

Bernhard Heierfeld.

Die sozialpolitische Müdigkeit.

Von ihr war in letzter Zeit viel die Rede. Daß eine solche existiert, ist nicht zu bestreiten. Es hiesse Vogelstraußpolitik treiben, wenn man die Klagen vor dieser offensichtlichen Tatsache verschleißen wollte. Viel zweckmäßiger ist es, den Gründen nachzugehen, die diese Erscheinung gezeitigt haben. Und da scheint uns ein Artikel im „Tag“ (Nr. 114), von Dr. Richard Bahr geschrieben, manche beachtenswerte Momente zu bieten.

Der Verfasser plaudert in interessanter Weise über das vorerwähnte Thema. „Wir sind alle miteinander der sozialpolitischen Arbeit ein wenig müde geworden“, meint er.

„So vor zehn Jahren wärmte sie uns die Herzen, und wenn Graf Posadowsky im Reichstag seine Rede an die Nation hielt von den Pflichten des Besitzes, traf man unter den Besten im Lande, den seelisch am höchsten Gemüthen leuchtende Augen und freudig bewegte Gemüther. Jetzt trat die Skepsis auch an die heran, die einst die Hüter im Streit und Hüter des heiligen Feuers waren, und selbst auf den Frühlingssammlungen des evangelisch-sozialen Kongresses hörte man neuerdings manches Wenn und Aber.“

Diese sozialpolitische Müdigkeit habe allerlei nicht ganz unverständliche Gründe. Die auf jede Hochflut folgende Zeit der Abspannung trage nicht allein die Schuld, es seien eben andere Nöten, die uns heißer auf den Nägeln brennen, herangerückt:

„Die Welt verunsicherte sich von Jahr zu Jahr, und denen, die sie begriffen (und das waren doch wieder die Besten und Reifsten) erdrückten die auswärtigen Sorgen, soll heißen, die um unsere auswärtige Politik, die inneren. Zwischen durch mußten wir auch erleben, wie von den Rezepten zur Herstellung und Erhaltung des sozialen Friedens, die wir als besonders heilkräftig nicht ohne Anbruch verehrt hatten, eines nach dem anderen sich nicht als unbedingt sicher erwies. Und was dann noch blieb an idealistischem Schwung, das ermattete unter der Art, wie alljährlich beim Etat des inneren Reichsamt im Wettbewerb der Parteien um den handarbeitenden Wähler durch ziel- und planloses Fordern, durch widrige Kleinigkeitskammererei und feichtes Geplätscher alles sozialpolitische Interesse totgeredet wurde.“

Diese Ausführungen enthalten viel Wahres. Insbesondere trifft es zu, daß manche Kreise enttäuscht sind darüber, daß unsere Sozialpolitik die sozialen Kämpfe nicht auszuschalten und die Gegensätze nicht zu überbrücken vermochte. Ein gut Teil Schuld an dieser Enttäuschung und der daraus resultierenden sozialen Müdigkeit trägt zweifellos die Sozialdemokratie. Sie hat durch ihren übertriebenen Radikalismus und durch ihre systematische Verkleinerungssucht auch solchen Kreisen die Lust und die Freude an der sozialpolitischen Arbeit geraubt, die früher, vielleicht mehr aus Gefühl als aus der inneren Ueberzeugung von der Notwendigkeit sozialer Reformarbeit heraus, sich für diese ins Zeug legten. Andererseits muß aber auch betont werden, daß manche früheren Freunde der Sozialreform ihre Erwartungen zu hoch spannten. Sie versprachen sich von ihr Wirkungen, die eine solche Fürsorgepolitik allein niemals haben konnte. Man vergißt allzuleicht, daß der denkende, vorwärtstrebende Arbeiter vor allem nach sozialer, wirtschaftlicher und staatsbürgerlicher Gleichberechtigung

strebt. Und solange diese dem Arbeiter im praktischen Leben noch so oft vorenthalten wird, wie das heute geschieht, wird selbst unter der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft trotz aller Sozialpolitik eine wirkliche Befriedigung nicht platzgreifen vermögen.

Wahr ist dann auch, daß die Art, wie heute vielfach Sozialpolitik gemacht wird, dieser selbst nicht sehr zuträglich ist. Es wäre zweifellos dem sozialpolitischen Fortschritt dienlicher, wenn sich die der Sozialreform freundlich gesinnten Parteien jeweils über ein bestmögliches Programm zu verständigen vermöchten. Wir bekämen dann wohl etwas weniger schöne Worte zu hören, dafür aber etwas mehr Taten zu sehen. Vielleicht, daß dann in die sozialen Gesetzeswerke auch mehr Großzügigkeit käme, was ihre Wirkungen sicher nicht beeinträchtigen würde. Wenn in den Kreisen der von der sozialen Fürsorge Erfassten manchmal so wenig Befriedigung über das Geschaffene herrscht, so hat auch das seine Gründe. Nicht mit Unrecht schrieb kürzlich die „Frankf. Ztg.“ (Nr. 131, 1914):

„Sozialpolitik besteht darin, daß man gewisse Grundbedingungen schafft, die es den Abhängigen ermöglichen, aus eigener Kraft vorwärts zu kommen, und dort subsidiär (aus-hilfsweise) eingreift, wo es klar ist, daß die eigene Kraft nicht ausreicht. Aber in dem, was zu diesen Zwecken geschieht, muß ein großer Zug sein, wenn es befriedigen soll. Es ist in diesen Dingen nicht anders als im privaten Leben. Wenn man jemandem ohne Zaudern und gerne hilft, so müßte der schon ein schlechter Kerl sein, der das nicht anerkännte; aber wenn einer Hilfe erst förmlich abnutzen muß und dann doch nur ein Stück von ihr erhält, dann dankt er nicht einmal dafür. Das entsetzliche Feilschen um jede Kleinigkeit ist es, was jede einzelne Sozialreform, mag sie auch im Ganzen ein großes Werk sein, in den Augen derer herabdrückt, für die sie gemacht wird.“

Das ist nur allzu wahr und es wäre dringend zu wünschen, daß Regierung und politische Parteien diese Tatsache mehr berücksichtigen würden.

Dr. Bahr weist aber noch auf andere Gegner hin, die der Sozialpolitik erstanden: auf das populäre Vorurteil, das übermütig und stellenweise auch übermächtig das Haupt erhob; auf die Tatsache, daß volkswirtschaftliche Einsichten, die wir zu unseren festen Besitztümern zu zählen uns gewöhnt hatten, bedroht sind; und vor allem, daß die neuere, der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung wenig günstige Richtung in der Nationalökonomie an Anhang gewann. Den amtlichen Stellen, meint er, sei es in solchen Zeiten schwer, gegen den Strom zu schwimmen. In solchen Epochen könne man nicht viel mehr tun, als von Zeit zu Zeit leise an die Gewissen zu pochen und den in Herrenbewußtsein und Uebermenschen-tum Schwelgenden „im milden Ton der Ueberzeugung“ zuzuflütern: und sie bewegt sich doch!

In dieser Richtung liege das Verdienst der von der Gesellschaft für Soziale Reform veranstalteten Rundgebung. Sie habe gezeigt, „daß unter der Asche noch das alte Feuer glimmt, daß eine Kerntruppe vorhanden ist, von der eine Erneuerung des sozialpolitischen Geistes, eine Erwärmung der kalt und müd und stumpf Gewordenen auszugehen vermöchte“. Wörtlich sagt Dr. Bahr:

„Denn darin hatte Gustav v. Schmoller durchaus recht: auf eine Umformung der Geister kommt es allem vor an. (Wie ich denn überhaupt meine, daß bei aller Sozialpolitik wichtiger als die Schaffung neuer Paragraphen die Ausbreitung brüderlicher Gesinnung und die Verfeinerung der Sitten ist, die auch den Geringsen unter uns ohne Hochmut und Härte zu begegnen lehrt.) Und noch in einem anderen Stück traf Schmoller ins Schwarze: da er mahnte, die heutige soziale Kälteperiode nicht zu überschätzen. Gustav v. Schmoller hat die ganze Entwicklung der Sozialpolitik von ihrem Geburtstag auf dem Kongreß zu Eisenach bis in unsere Tage miterlebt. Aber auch wer aus eigenem Erinnern nur das letzte Menschenalter überblickt, hat doch schon dieses Auf und Ab erfahren, den Wechsel fruchtbarer und begeistertsten sozialpolitischen Schaffens mit neuauftretender gesellschaftlicher Friedlosigkeit. Das mag bedauerlich sein und ärgerlich, aber sie bedeutet noch nicht das letzte Wort.“

Dem stimmen wir bei. Auch wir wollen all den Gegnern der Sozialreform und der Arbeiterbewegung

zum Trotz nicht verzagen. Wir wollen einmal an der mit Recht als notwendig bezeichneten Umformung der Geister tapfer mitarbeiten, andererseits aber durch unermüdblichen Ausbau der Organisation jenen realen Machtfaktor schaffen, der letzten Endes doch auch in der Frage der Fortführung der Sozialreform ausschlaggebend ist.

So dürfen wir dann mit dem Verfasser des Tagartikels hoffen, daß dem Tal, durch das wir heute verstimmt und sorgenvoll ziehen, schon wieder die Höhenwanderung folgen wird.

Das Mehrstuhlssystem in Belgien.

Die Einführung und ständige Weiterverbesserung des Mehrstuhlsystems ist eine Angelegenheit, die in Belgien seit Jahren die Aufmerksamkeit aller auf sich gezogen hat, die an der Weberei interessiert sind. Sowohl Unternehmer als Arbeiter beschäftigten sich eingehend damit.

Das ist gewiß nicht verwunderlich, denn die allgemeine Verbreitung des Mehrstuhlsystems ist für die Entwicklung der Dinge in der Webereiindustrie von außerordentlich großer Bedeutung. Wir werden das weiter unten im einzelnen nachweisen. Vorausgeschickt sei ein Wort über die

Geschichte des Mehrstuhlsystems

in der belgischen Weberei.

Wenn wir recht unterrichtet sind, war Gent die erste Stadt in Belgien, die in der Baumwollindustrie das Bierstuhlsystem einführt. Das geschah im Jahre 1888. Ohne Mühe und Streit ging die Einführung nicht vor sich. Die Weber von Gent sahen in der Neuerung die Gefahr, daß sie ihre Kraft übermäßig stark in Anspruch nehmen und sie frühzeitig verbrauchen würde. Sie befürchteten, daß die mit dem Bierstuhlsystem verbundene Verdienststeigerung nicht in Einklang stehen würde mit dem Mehraufwand an Arbeitskraft und der Steigerung der Erzeugung; daß die Zweistuhlweber stets im Nachteil sein würden gegenüber den Mehrstuhlwebern und daß infolge des Bedienstens mehrerer Stühle ein großer Ueberfluß an Arbeitskräften, also eine erhebliche Arbeitslosigkeit, eintreten müßte. Sie setzten aus den Gründen dem Bierstuhlsystem den heftigsten Widerstand entgegen.

In dem Betriebe, in dem das Bierstuhlsystem zuerst zur Einführung gelangte, entstand ein Streit der gesamten Belegschaft, der nicht weniger als 20 Wochen dauerte. Der Unternehmer trug den Sieg davon, und das Bierstuhlsystem wurde trotz des Widerstandes der Arbeiter durchgeführt. Da nunmehr das Bierstuhlsystem nicht mehr abzuwenden war, oblag den damals noch sehr schwachen Arbeiterorganisationen die Aufgabe, es so günstig als möglich für die Arbeiter zu gestalten. Es begannen Unterhandlungen zwischen den Organisationen der Weber und den Fabrikanten, um die Bedingungen festzusetzen, unter denen auch die Arbeiter mit dem Bierstuhlsystem einverstanden sein sollten und die für das Bedienen von vier Stühlen zu gelten hatten. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig und zogen sich sehr in die Länge. Bis endlich folgendes Uebereinkommen

erzielt wurde:

1. Für das Bierstuhlsystem sollen nur Stühle in einer Breite von 2'—4,30 genommen werden.
2. Karrierte Ware darf auf den Bierstühlen nicht verarbeitet werden.
3. Die Arbeitszeit soll für die Bierstuhlweber pro Tag 10 Stunden und in der Woche 60 Stunden nicht überschreiten.
4. Der Wochenlohn muß für die Bierstuhlweber mindestens 24 Frs. (d. i. 19,20 M.) betragen.
5. Frauen dürfen auf vier Stühlen nicht beschäftigt werden.

Dieses Uebereinkommen betraf allein die Baumwollwebereien von Gent.

Lange Zeit sind die Abmachungen über die Breite der Stühle, die Arbeitszeit und die Frauenarbeit im allgemeinen entsprechend befolgt worden. Der Lohn jedoch schwankte über und unter dem festgesetzten Satz, je nach dem Beschäftigungsgrade in der Industrie und nach den einzelnen Fabriken. Eine Anzahl Fabrikanten läßt heute auch karrierte Ware auf dem Bierstuhl herstellen.

Als die eben mitgeteilten Bedingungen in Gent fest- gestellt worden waren, breitete sich das Vierstuhlsystem auch im übrigen Belgien ziemlich schnell aus. Sowohl in den Webereien, die damals außerordentlich zahlreich auf dem flachen Lande errichtet wurden, als auch in den Webereien der Städte kam es zur Anwendung. Das ist ein Zeichen dafür, daß es nicht klug ist, sich der Durch- führung wirklich durchführbarer Neuerungen technischer oder betriebsorganisatorischer Art grundsätzlich zu widersetzen. Auf dem flachen Lande geschah die Einführung des Vierstuhlsystems unter wesentlich ungünstigeren Be- dingungen als jene, die für die Weber von Gent fest- gesetzt worden waren. Oder deutlicher gesagt, die Weber vom Lande mußten sich die Einführung des Vierstuhlsystems bedingungslos gefallen lassen. Der Stuhl- lohn war für die Weber durchweg 20 bis 25% niedriger als der der Zweistuhlsysteme. In einigen Fabriken wurden für das Vierstuhlsystem Stühle von je 1,80 Breite ge- nommen. In anderen Fabriken bedienten sowohl Männer wie Frauen vier Stühle. Die Arbeitszeit betrug täglich 11 Stunden und mehr. Wenn man bedenkt, daß die Weberlöhne auf dem Lande ohnehin im Durchschnitt 20 bis 40% unter denen der Städte standen, so ist es un- schwer zu begreifen, daß die städtischen Webereindustrialen ganz lebhaft über die drückende Konkurrenz des flachen Landes zu klagen begannen.

So zog die große Gefahr in greifbare Nähe, daß der Lohn und die Lebenshaltung der städtischen Baumwoll- weber eine wesentliche Verschlechterung erleiden würden. Das wird mit dazu beigetragen haben, daß gerade um diese Zeit der Organisationsgedanke unter der Textil- arbeitererschaft Feuer fühlte und die einsichtigen Textil- arbeiter anfangen, sich durch den organisierten Zusammen- schluß eine Macht zu schaffen, die ihnen einen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sicherte. Es ist unläugbar, daß die Berufsorganisationen im Laufe der Jahre sehr viele Verschlechterungen von der Textilarbeitererschaft abgehalten und viele Verbesserungen für sie hereingebracht haben. Vor allem für die ländlichen Bezirke trifft das zu. Ohne Organisationen wären unzweifelhaft die Verhältnisse für unsere bel- gischen Textilarbeiter ungleich viel schlechter, als sie heute im allgemeinen sind.

Was das Vierstuhlsystem angeht, so liegen die Dinge heute durchweg in der belgischen Webereindustrialie so: Es ist in der Baumwollweberei fast überall da ein- geführt, wo weniger komplizierte Waren hergestellt werden. In einigen Fabriken arbeiten sowohl Männer als Frauen auf vier Stühlen. Bestimmte Regeln, die von Organisation oder von der Arbeiter- organisation mit den Unternehmern oder auch von den Arbeitern selbst mit den Unternehmern abgemacht worden wären, bestehen heute sehr wenig mehr. Stühle von verschiedener Breite kommen heute für das Vierstuhlsystem zur Anwendung und alle Sorten von Baumwoll- waren werden auf dem Vierstuhlsystem verarbeitet. Die Stühle sind meist gewöhnliche Unterschlager oder Ober- schlager, keine sogenannten Automaten oder gar Northropstühle.

6, 8 und 20 Stühle.

Noch war die durch die Einführung des Vierstuhlsystems unter der Webereiarbeitererschaft hervorgerufene Beunruhigung nicht ganz beseitigt, als eine weitere Neuerung, diesmal das Sechsstuhl-, Acht- und Mehr- stuhlsystem die Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verschlechtern drohte. Mit dem Sechsstuhlsystem gin- man zuerst in den Webereien des flachen Landes vor. Es sei hier eingeschaltet, daß die in jenen Betrieben be- schäftigten Arbeiter entweder gar nicht oder nur sehr mangelhaft organisiert waren.

Sofort machten sich die nachteiligen Folgen der Neuerung bei der Arbeitererschaft in einer außerordentlich drückenden Weise fühlbar. Mühen auf dem Sechsstuhl schwerere oder große Artikel verwebt werden, waren Kette oder Einschlag oder beide von schlechter Beschaffen- heit, dann gingen die Anforderungen, die an die Weber gestellt wurden, für den Durchschnitts- arbeiter über die menschlichen Kräfte hinaus. War der Lohn für die Vierstuhlsysteme schon im Vergleich zu den Zweistuhlsystemen um 20 bis 40 Prozent ermäßigt worden, so erhielten jetzt die Bedienten von einem halben Duzend Stühlen nochmals den Lohn im Vergleich zu den Vierstuhlsystemen um 15 bis 20 Prozent heruntergesetzt. Der Lohn entsprach in keinerlei Hinsicht den allerbesten Ansprüchen, von einem gerechten Anteil an dem Mehrertrage und einem ge- rechten Ausgleich für die außerordentlich viel größere Anspannung der Körper- und Nervenkräfte des Webers gar nicht zu reden. Bis heute sind die Verhältnisse im allgemeinen nicht viel besser geworden, vor allem in den weniger gut oder schlecht organisierten Betrieben nicht. Es gibt in Belgien heute mehrere Orte, wo das Sechstuhlsystem zur Durchführung gelangt ist. Nur in einem einzigen Betriebe bestehen Abmachungen zwischen Unter- nehmern und Arbeitern über Lohn- und Arbeits- bedingungen.

Einige Arbeitgeber haben die Ein- führung des Sechstuhlsystems verbunden mit einer ganz neuen Betriebs- organisation. Die Weber erhalten große Spulen, die sie von besonders dafür angestellten Personen an die Stühle gebracht bekommen. Sie sind entlastet von dem

Säubern und Waschen des Stuhles, weder brauchen sie den Ketbaum zu holen und einzurichten, noch das gewebte Stück abzugeben und in den Lagerraum zu bringen; sie brauchen die kleineren Reparaturen und Montagen nicht mehr zu machen. Sie tun den ganzen lieben Tag nichts als Kops aufstecken, Fäden binden und den Stuhl an- setzen — den ganzen Tag, ohne Abwechslung und ohne Anspannung. Sie werden immer mehr selbst zur Maschine und zum Automaten.

Die für das Sechstuhlsystem verwendeten Stühle arbeiten meist automatisch. Nur eine Fabrik ist mir bekannt, wo die eigentlichen Northropstühle ein- geführt sind.

Die Arbeit an acht Stühlen erfolgt durchweg unter denselben Bedingungen, wie an den sechs Stühlen, jedoch mit dem Unterschied, daß die Arbeiter auch noch die vielen Nebenarbeiten selbst auszuführen haben.

In einer Weberei in Gent werden 20 Stühle be- dient. Jedoch ist es mir leider nicht möglich, nähere Angaben über die Arbeitsbedingungen zu machen, da die Stühle in einem besonderen, von der übrigen Weberei abgeschlossenem Räume untergebracht sind und es dem Unberufenen nicht gestattet ist, in dieses „Heiligtum“ ein- zutreten. Soviel weiß ich aber, daß die 20 Stühle von einem erwachsenen Arbeiter, dem drei oder vier jugendliche Hilfskräfte zur Seite stehen, bedient werden. Die Mindestbreite der Stühle beträgt ein Meter. Der durchschnittliche Wochenlohn des Webers wird 35 Frs. = 28 M. betragen. Die Hilfsarbeiter haben 11 bis 12 Frs. So viel über das Mehrstuhlsystem in den belgischen Baumwollwebereien.

Das Zweischichten-System.

In zwei Fabriken unseres Landes, wovon in der einen ein Weber 4 breite Stühle und in der anderen ein Weber 6 schmale Stühle bedient, wird in zwei Schichten gearbeitet. Jede Schicht arbeitet rund 8 Stunden. Die Morgenschicht beginnt morgens 5 Uhr und endet mittags um 1 Uhr. Die Mittagschicht arbeitet von 1 Uhr mittags bis 9 Uhr abends. Das sind die Stunden, auf die laut unserer staatlichen Gesetzgebung die Arbeitszeit für die geschulten Personen beschränkt werden muß. Die Stühle, die von den in Schichten arbeitenden Webern bedient werden, sind mit Schußzählern versehen, so daß jeder Weber eine Kontrolle über seine Leistung hat.

Die Arbeiter sind im allgemeinen mit dieser Regelung recht zufrieden. Es muß jedoch bemerkt werden, daß gerade in den beiden Fabriken verhältnismäßig gute Löhne bezahlt werden. Auch die Organisation dieser Betriebe ist gut, und über schlechtes Material haben die Weber erfreulicherweise nicht häufig zu klagen.

In Fabrikantenkreisen ist viel Stimmung dafür, dieses Zweischichten-System allgemeiner ein- zuführen. Auch ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß das Mehrstuhlsystem immer mehr zur Durch- führung gelangt. Wir gehen demnach in Belgien einer Zeit der Neuerungen und Umwälzungen in der Webereindustrialie entgegen. Unserer Berufsorgani- sation erwachsen dadurch viele neuen und großen Aufgaben, die wir hoffentlich im In- teresse der Arbeiter erledigen können.

In der Woll-, Flachs- und Futeweberei wird durchweg auf zwei Stühlen gearbeitet. Lohn und Ar- beitszeit sind von der Baumwolle nicht wesentlich ver- schieden.

Die Folgen des Mehrstuhlsystems.

Wie bereits gesagt worden ist, stieg der Lohn der Mehrstuhlsysteme nicht in dem gleichen Maße, als die Anforderungen an ihre Arbeitskraft zunahmen. Das heißt also, daß die Verbesserung der Lebenshaltung der Baumwollweber nicht gleichen Schritt hielt mit der Ver- mehrung der Erzeugung. Im Gegenteil: es hat das Mehrstuhlsystem außerordentlich viel nach- teilige Folgen für die Webereiarbeitererschaft gezeitigt. Bei gewöhnlichen Konjunkturverhältnissen sind zwar keine Arbeitskräfte zuviel vorhanden, jedoch führt die schnelle Zunahme der Erzeugung zu etwaz Beschleunigung der Krisen. Die Folge davon ist, daß die Weber und Weberinnen, die weniger Stühle bedienen, zuerst und durchweg auch die bessere Arbeit erhalten, daß also die Mehrstuhlsysteme für größere Anstrengung niedrigeren Lohn bekommen und weniger Geld mit nach Hause bringen. Aus dieser unterschiedlichen Behandlung entspringen viele Unstimmigkeiten unter der Arbeitererschaft selbst. Neid, Mißgunst und Haß sind nicht selten und erschweren die Arbeit und den Zusammenhalt in der Organisation. In dem Maße, als sich das Mehrstuhlsystem ausbreitet, ohne für die Arbeiter eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne zu bringen, muß ihre geistige und körperliche Kraft schneller verbrauchen, müssen häufige Krankheit und frühe Invalidität die traurige Folge sein. Der Konkurrenzkampf unter den Unternehmern aber wird infolge des Mehrstuhlsystems immer schärfer, die Arbeiter haben die schädliche Wirkung dieser Verschärfung zu spüren.

Unsere belgischen Textilindustrialen sind gezwungen, einen immer größer werdenden Teil der Erzeugung im Auslande abzugeben. Wir sind uns wohl bewußt, daß unsere Unternehmern auch im Stande sein müssen, mit dem Auslande konkurrieren zu können. Da nun in mehreren Ländern, so in Deutschland, England und Frank-

reich u. a., das Mehrstuhlsystem bereits in großem Um- fange eingeführt worden ist, können wir belgischen Ar- beiter dem Mehrstuhlsystem in unserem Lande grundsätzlich keinen Widerstand entgegensetzen, da das schließlich die Wettbewerbsfähigkeit unseres eigenen Landes in Frage stellen würde. Jedoch muß unser Streben dahin gehen, die Bedingungen, unter denen auf den Mehrstuhlsystemen gearbeitet wird, der Billigkeit der Unternehmer zu entziehen. Wir müssen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeits- bedingungen ein gewichtiges Wortlein mitzureden haben. Dazu ist Machtanfammlung in den gewerkschaftlichen Organisationen notwendig. Wir müssen vor allem fol- gendes zu erreichen trachten:

Auskömmliche, angemessene und feste Löhne, einen angemessenen Arbeitstag, nicht zu schwere Arbeit, daß nicht die Frauen und minderjährigen Personen zu sehr angespannt werden, kurz: daß die Interessen der Arbeiter- schaft bei Durchführung der Neuerung nicht zu kurz kommen.

Das ist eine sehr ernste Gewerkschaftsarbeit.

Sidor de Greve-Gent.

Lohnberechnungsmethoden in den Webereien.

Dargestellt an den Verhältnissen in M.-Glabbach.

Der Glabbacher Industriebezirk hat eine vielseitige Textilindustrie aufzuweisen. Außer Woll-, Junitat- und Baumwollspinnereien sind die verschiedensten Branchen der Weberei vertreten. Am zahlreichsten sind die Buckskin- und Kammgarnwebereien vertreten. Dann folgen die Decken- und Tücherwebereien. Ferner sind Webereien zur Herstellung von Baumwollhosenzeugen, endlich Weißweberei, Cord-, Stamosen-, Seiden- und auch eine Samt- oder Plüschweberei in M.-Glabbach vor- handen. Nach dem Maßstabe ihrer Organisationszuge- hörigkeit konnten die einzelnen Belegschaften einen Ein- fluß auf die Gestaltung der Löhne und auch auf die Art der Berechnung derselben ausüben. Ueber die Arbeit der Lohnberechnung soll hier einiges mitgeteilt werden.

Früher wurde in den Buckskin- und Kammgarn- weberei nach Metern entlohnt. Der Lohn richtete sich nach der Zahl der Schüsse, welche auf ein be- stimmtes Schußmaß eingeschlagen wurden. Das Schuß- maß war nicht einheitlich. Es schwankte zwischen 20 und 26 Millimetern. Außer dieser Schwankung kamen noch Unterschiede in den einzelnen Artikeln oder Webarten vor. Deshalb war es schwierig, Vergleiche in den Akkordlohnsätzen der einzelnen Betriebe anzustellen.

Um diese Ungleichheiten aus der Welt zu schaffen, bemühten sich die Arbeiterorganisationen bei Ausbruch von Differenzen, die Löhne mehr einheitlich zu ge- stalten. In diesem Sinne wurden Forderungen aufgestellt und vertreten. Es wurden einheitliche Lohnlisten für alle Warengattungen verlangt. Die Durch- führung dieser Forderungen gelang im allgemeinen. Schwierigkeiten, welche sich dabei ergaben, indem einzelne Artikel mitunter eine Kleinigkeit im Lohne fielen, wurden überwunden. Später stellten sich hier und da Differenzen dadurch heraus, daß das durch Messen festgestellte Läng- maß der Stücke bezweifelt wurde. Bei dem Messen der Stücke konnten Irrtümer unterlaufen, sei es, daß die Meßmaschinen unrichtig funktionierten oder auch, wie es schon mal vorkam, daß zu schlapp gemessen wurde. Dieses „schlappe Messen“ lag dann vor, wenn der Messende das Tuch am Maßstabe nicht straff anzog, oder mit dem Daumen zu weit griff. Bei den Meßmaschinen war vielfach die an der Maschine angebrachte Spann- vorrichtung der Stücke außer Betrieb gesetzt worden. Solche Vorkommnisse führten schließlich dahin, daß Touren- oder Schußuhren, die inzwischen hier bekannt geworden waren, gefordert wurden. Diese Uhren sind nach und nach in allen Betrieben eingeführt und mit denselben ist zugleich eine einheitliche Lohnberechnung nach 1000 Schuß zur Anwendung gebracht worden. Seit dieser Zeit ist der Unterschied in den Akkordlohnsätzen bedeutend geringer geworden. Unterschiede sind noch vorhanden und lassen sich wegen der ungleichen technischen Verhältnisse in den einzelnen Betrieben auch nicht gänzlich beseitigen.

Die Decken- und Tücher-Webereien stellen baumwollene Decken und Bettlaken her. Hier wurde anfangs pro Decke und Tuch entlohnt. Vereinzelt wurden die Tücher auch nach Stück bezahlt. Da diese nun be- züglich der Längen schwankten, wurde auch hier nach Einheitlichkeit gestrebt. Sie wurde in der Berechnung nach Metern gefunden. Ein Uebelstand bestand darin, daß diejenigen Qualitäten, welche mit einer hohen Schuß- zahl pro Zoll gewebt wurden, zu denjenigen mit einer geringen Schußzahl im Lohne in einem zu ungleichen Verhältnisse standen. Hier wurde durch Verbesserung der Lohnlisten Wandel geschaffen.

Bei den Webereien für Herstellung von Baumwoll- hosenzeugen lagen die Verhältnisse ähnlich wie in den Buckskinwebereien. Lohnlisten mit einer ganzen Reihe von Artikeln und eine außerordentlich verschiedenartige Entlohnung waren hier zu finden. Auch in diesen Be- trieben hat die Artikellohnliste einer einheitlichen Lohnliste nach Zahl der Schüsse weichen müssen. In den Weißwebereien, wozu auch die Cord- webereien zu rechnen sind, ist die Stücklohnberechnung noch vorherrschend. Hier war der Einfluß der Organi- sation nicht stark genug, um durchgreifende Verbesserungen schaffen zu können. Es ist auch in diesen Betrieben sächlich durchaus möglich, die Berechnung nach Metern einzuführen. Das ist dadurch bewiesen worden, daß

verschiedene kombinierte Webereien den Wünschen der Weber in dieser Hinsicht nachkamen. Möge dies den Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den Webereien beschäftigt sind, zum Ansporn dienen, sich mal zusammenzurufen und auf ein zeitgemäßes Lohnsystem hinzuwirken.

Die Stamosenwebereien löhnen zum Teil nach der Schußzahl pro Zentimeter oder nach einem Schußmaß von 24 Millimetern pro Meter. In den Seidenwebereien ist ein einheitlicher Lohn nicht zu verzeichnen. Für Samt- oder Plüschwebereien sind hier die Löhne, die in Krefeld vereinbart worden sind, maßgebend.

Um dieses alles zu erreichen, dazu hat es mancher Bewegungen bedurft. Heute sieht mancher Weber, der nicht unter den früheren Verhältnissen gearbeitet hat, dies alles als selbstverständlich an. Er kann sich gar nicht vorstellen, daß es früher anders sein konnte. Anderen sind die Vorstellungen über die früheren Zustände abhanden gekommen, aber diejenigen, welche in den vorderen Reihen mitgekämpft haben, um bessere Zustände herbeizuführen, werden sich noch lebhaft erinnern, mit welcher Fähigkeit und Energie die Arbeiterschaft das gesteckte Ziel verfolgte und wie für dasselbe gekämpft wurde. Mögen daher diejenigen, denen es nicht vergönnt war, in jener Zeit mitzukämpfen, sich dessen stets eingedenk sein, daß es der unermüdeten Arbeit der Organisationen zu verdanken ist, daß die Zustände auf den jetzigen Stande haben gebracht werden können, und daß ihnen die Pflicht obliegt, das Errungene zu erhalten und weiter auszubauen.

Opfer der Arbeit.

Nicht mit Unrecht hat man unsere Zeit als das Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität bezeichnet. In immer mehr Gewerben und bei immer mehr Betriebsvorgängen innerhalb einzelner Betriebe wird die Handarbeit oder die durch Menschenkraft zu leistende Arbeit durch die mechanisch arbeitende Maschine abgelöst. Die Arbeiter mancher Industriezweige, die sich heute bereits mit der Maschine abgefunden haben, standen deren Einführung oft mit gemischten Gefühlen gegenüber. Nicht zu leugnen ist, daß die Maschine, indem sie mühelos und spielend die schwersten Arbeiten verrichtet, dem Arbeiter eine körperliche Erleichterung verschafft. Andererseits sind aber auch die Anforderungen an den Arbeiter wiederum gestiegen. Die Bedienung der Maschine, z. B. in der Textilindustrie, stellt außerordentlich hohe Anforderungen an den Intellekt und an die Nervenkraft des Arbeiters oder der Arbeiterin.

Nicht nur die Maschine bringt eine Umwälzung der Produktionsweise. In allen Zweigen menschlichen Schaffens ist in den letzten Jahrzehnten eine Steigerung der Intensität der Arbeit festzustellen. Durch eine weitgehende Arbeitsteilung, ein rücksichtslos durchgeführtes Arbeitssystem, Einführung der Akkordarbeit und andere Maßnahmen, in neuer Zeit auch noch durch eine raffiniert ausgeklügelte Arbeitsweise, das sog. Taylorsystem, ist man bestrebt, die Arbeitskraft des Einzelindividuum auf äußerste auszunutzen, herauszuholen, was herauszuholen ist. Wir wollen nicht untersuchen, ob und inwieweit die neuere Arbeitsweise trotz mancher Verbesserungen auf dem Gebiete der Hygiene mörderischer für das Gros der Arbeiterschaft ist als die frühere. Es sei nur eine kurze Betrachtung über das ungemein traurige Gebiet der Unfälle angefügt und es seien einige Schlußfolgerungen daraus gezogen.

Das in diesem Jahre ziemlich verspätet erschienene Heft 1 der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ gibt alljährlich eine Uebersicht über die gesamten Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung — im wesentlichen die Berufsgenossenschaften — im vorletzten Jahre. Die Mitteilungen erstrecken sich in der Hauptsache auf Einnahmen und Ausgaben und auf die im Laufe des Jahres geschehenen Unfälle. Uns interessieren hier insbesondere die Unfälle. Es zeigt sich, daß es mit der Entwicklung der Unfallzahlen trotz aller Unfallverhütung noch immer nicht entschieden abwärts gehen will. Die absoluten Unfallzahlen steigen ständig weiter und die Verhältniszahlen der auf 1000 Vollarbeiter entfallenden Unfälle ist nach mehrjährigem unerheblichem Sinken im Jahre 1912 wiederum gestiegen. Hier sei eine Uebersicht über die Zunahme der absoluten Zahl der Unfälle gegeben.

Jahr	gemeldete Unfälle	erstmalig ent-schädigte Unfälle	tödtliche Unfälle
1893	264 130	62 729	6 336
1900	454 341	107 654	8 567
1907	662 901	144 703	9 815
1908	662 321	136 190	9 866
1909	664 247	132 226	9 863
1910	672 961	132 064	8 857
1911	716 534	132 114	9 443
1912	742 422	137 089	10 800
1913*)	787 674	139 076	—

Die Tabelle beweist, daß die Unfallziffern in ständigem, rapiden Steigen begriffen sind. Es handelt sich auch keineswegs um sämtliche geschehenen Unfälle, da noch nicht alle Berufszweige unfallversicherungs-pflichtig sind; auch gelangen in den versicherten Betrieben bei weitem nicht alle Unfälle zur Anmeldung.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Zahl der Vollarbeiter sowie über die Zahl und Art der Unfälle in den gleichen Jahren bei den gewerblichen Berufs-genossenschaften, da in Land- und Forstwirtschaft die Zahl der den Unfällen gegenüberzustellenden Vollarbeiter nicht feststeht.

*) Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1913. Die Zahlen für 1913 sind vorläufige Ermittlungen.

Jahr	Zahl der Vollarbeiter	Unfälle			Folgen der Unfälle		
		gemeldet	erstmalig ent-schädigte	Tod	Erwerbsunfähigkeit		
					dauernd völli-g	vorüber-gehend	
1893	—	182 120	31 171	3 589	1 377	19 740	
1900	6 021 856	310 105	51 697	5 108	592	24 790	
1907	7 869 421	465 224	75 370	6 078	571	30 280	
1908	7 868 351	461 091	74 581	5 939	566	29 114	
1909	7 945 797	465 760	70 986	5 612	453	25 726	
1910	8 291 936	484 097	69 311	5 292	453	23 800	
1911	8 653 502	520 229	70 423	5 832	413	22 878	
1912	9 011 570	547 700	74 488	6 594	352	23 666	

Also steigende Unfallzahlen bei sinkenden Entschädigungen! Vor allem sind die Berufs-genossenschaften bestrebt, die Unfallfolgen als möglichst harmlos erscheinen zu lassen. Während die Zahl der geschehenen und gemeldeten Unfälle ständig wächst, ist der Anteil der entschädigten Unfälle in steter Abnahme begriffen. Während z. B. im Jahre 1893 bei den gewerblichen Berufs-genossenschaften noch 17,12% aller gemeldeten Unfälle zur Entschädigung gelangten, wurden 1912 nur noch 13,60% entschädigt. Besonders die folgende Tabelle bietet einen Ueberblick über diese Wandlungen in den letzten Jahren. Es kamen auf 1000 Vollarbeiter:

Jahr	Unfälle			Folgen der Unfälle		
	gemeldet	erstmalig ent-schädigte	Tod	Erwerbsunfähigkeit		
				dauernd völli-g	vorüber-gehend	
1909	58,62	8,93	0,70	0,05	3,23	
1910	58,88	8,36	0,63	0,05	2,87	
1911	60,12	8,14	0,67	0,04	2,64	
1912	60,78	8,27	0,73	0,03	2,61	

Der Annahme der Berufs-genossenschaften und an-scheinend auch des Reichsversicherungsamtes, die Zahl der erstmalig ent-schädigten Unfälle als allein geeignet zur Beurteilung der Unfallhäufigkeit anzusehen, können wir nicht beipflichten. Wenn die Zahl — auch die Relativzahl — der gemeldeten Unfälle wie auch der tödtlichen Unfälle ständig steigt, soll die Zahl der schweren Unfälle, wo also der Verletzte nicht ganz tot ist, geringer geworden sein! Eine starke Zunahme an die Dessenfichkeit, die so etwas glauben soll! Dabei ist die Minderung der Verhältniszahl der Unfälle mit dauernd völli-g und dauernd teilweiser Aufhebung der Erwerbsfähigkeit so stark, schon allein in den in obiger Tabelle angeführten vier Jahren, daß es nicht möglich ist, an einen derartig schnellen Wandel zum Besseren innerhalb eines so kurzen Zeitraumes zu glauben. Das Sinken der Zahl der erst-malig ent-schädigten Unfälle ist in der Tat nur zu einem geringen Teile auf eine bessere Unfallverhütung zurück-zuführen. Es werden eben weit weniger Unfälle ent-schädigt als früher. Seit einer Reihe von Jahren hat eine durch die Berufs-genossenschaften geübte rigorose Praxis bei der Zuerkennung der Renten Platz gegriffen. Sodann wendet man vielmehr als früher Heilverfahren an, um die funktionelle Wiederherstellung geschädigter Glieder zu erreichen. Diese Heilverfahren, die an sich nur zu begrüßen sind, werden indes oft wahre Marter-turen. Schließlich gelingt es der chirurgischen und medi-zinischen Wissenschaft dank ihrer staunenswerten Fort-schritte im letzten Jahrzehnt immer mehr, schwere Unfall-folgen zu mildern oder zu beseitigen. Das mehrere Jahre hindurch beobachtete Sinken der Verhältniszahl der erstmalig ent-schädigten Unfälle ist darum keineswegs auf eine Minderung der Unfallgefahr oder auf eine Verringerung der Zahl der schweren Unfälle, sondern in der Hauptsache auf eine andere Darstellung der Unfall-folgen zurückzuführen.

Die 137 089 erstmalig ent-schädigten Unfälle betreffen 112 486 erwachsene männliche und 19 759 erwachsene weibliche; ferner 4015 jugendliche männliche und 830 jugendliche weibliche Personen.

Die im Jahre 1912 durch Berufs-unfall getöteten Personen hinterließen 6693 Witwen, 13 940 Kinder und 323 Verwandte aufsteigender Linie, zusammen 20 956 Hinterbliebene, für die Entschädigung gezahlt werden mußte.

Ueber die Unfälle in der Textilindustrie in der nächsten Nummer.

Allgemeine Rundschau.

Rechtsschutz in den christlichen Gewerkschaften.

Neben der Vertretung der Arbeiterinteressen beim Abschluß des Arbeitsvertrages — bekanntlich die Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Selbsthilfe — gewähren die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern auch Rechtsschutz in allen Streitfragen, die sich aus der Arbeiterversicherung und dem gewerblichen Rechtsleben ergeben. Hinsichtlich der Sozialversicherung haben die christlichen Gewerkschaften in Gemeinschaft mit kon-fessionellen Arbeitervereinen ein besonderes Zentralbüro für Vertretung am Reichsversicherungsamt in Berlin eingerichtet. Diesem Büro wurden im Jahre 1913 im ganzen 625 Revisionen und Rekurse überwiesen. Darunter waren 40 Revisionen in Invalidenstreitsachen, 12 Revi-sionen in Knappschaftsangelegenheiten und 573 Rekurse in Unfallangelegenheiten.

Der von den Bezirks- und Lokalsekretariaten haupt- und nebenamtlich erteilte Rechtsschutz hat einen erheblichen Umfang angenommen. Wie im „Zentralblatt der chris-tlichen Gewerkschaften“ (Nr. 8, 1914) berichtet wird, wurden im Jahre 1913 insgesamt 18 916 Auskünfte erteilt und 23 902 Schriftsätze angefertigt. Die Summe der erzielten Barerfolge belief sich für die beteiligten Mit-

glieder auf 190 053,61 M. Der gesamte materielle Erfolg ist aber viel höher, da z. B. die erstrittenen Renten laufend gezahlt und eine große Anzahl von Renten nach-gezahlt werden müssen. Diese Summen lassen sich natürlich nicht erfassen. Außerdem benachrichtigen auch viele Rechtsschutzsuchende die Rechtsschutzstellen nicht von dem Ausgang ihrer Sache. Von den 18 916 Auskünften und 23 902 Schriftsätzen entfielen 14 037 Auskünfte und 18 652 Schriftsätze allein auf die Rechtsschutzbüros des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter. Von den erzielten Barerfolgen (190 053,61 M.) kommen auf dessen Rechts-schutz-tätigkeit 166 732,90 M. Die übrigen Barerfolge setzen sich fast ausschließlich aus gewerkschaftsseitig den Bauarbeitern zuerkannten, von den Unternehmern vor-enthaltenen Löhnen zusammen. Die Auskünfte und Schriftsätze verteilen sich auf die verschiedenen Auskunfts-zweige wie folgt: Sozialversicherung 10 847 Auskünfte und 13 191 Schriftsätze; Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, Steuer usw. 2120 Auskünfte, 4674 Schriftsätze; Gewerbe-recht, Dienst- und Lehrvertrag 2440 Auskünfte, 1847 Schriftsätze; sonstiges bürgerliches Recht usw. 3819 Auskünfte und 3335 Schriftsätze.

In den vorstehend angegebenen Ziffern ist die gesamte Rechtsschutz-tätigkeit der christlichen Gewerkschaften jedoch nicht vollständig enthalten. Eine große Anzahl von Zahlstellen und Ortsstellen steht im Vertragsverhältnis mit konfessionellen Arbeitersekretariaten und Volksvereins-büros, die den Mitgliedern der christlichen Verbände Rechtsschutz erteilen. Genauere Ziffern darüber liegen nicht vor, dürfen aber die von den christlichen Gewerkschaften direkt erteilten Rechtsschutzfälle an Zahl noch übersteifen. Im Jahre 1912 haben die christlichen Gewerkschaften im Interesse ihrer rechtsschutzsuchenden Mitglieder die Summe von 116 703 M. ausgegeben. Diese Ausgaben sind durch die erzielten Erfolge doppelt und dreifach wieder weit gemacht worden.

Der freie Samstagnachmittag in Holland.

Im Jahre 1911 ist in Holland ein Arbeiterschutzesetz zustande gekommen, das der königlichen Staatsregierung die Ermächtigung gibt, für bestimmte Berufszweige und bestimmte Arbeitergruppen den freien Samstagnachmittag auf dem Verwaltungswege festzulegen. Dem Drängen der Textilarbeiterorganisationen nachgebend, hat nunmehr die holländische Regierung eine solche Verfügung erlassen. Vom 1. Januar 1915 ab dürfen in der gesamten Textilindustrie des Landes verheiratete Frauen und solche Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, an Samstagen nach 1 Uhr mittags nicht mehr beschäftigt werden. Diese Arbeitszeit gilt auch für die unter 17 Jahre alten Personen, ausgenommen jedoch die in den Seilereien, den Posamenten- und Bandfabriken und in den Netz- und Trilottwebereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Ausnahmen sind praktisch nicht von großem Belang, da die genannten Erwerbszweige, mit Ausnahme der Seilereien und Netzletereien, in Holland wenig verbreitet sind. Die Regierung begründet die Ausnahme damit, daß die davon betroffenen Gruppen nur einen verschwindend kleinen Teil der holländischen Textilindustrie bildeten und durchweg gesundheitlich einwandfrei seien.

Wenn diese Verfügung auch zunächst nur den Frauen und jugendlichen Arbeitern zugute kommt, so wird sie praktisch doch recht bald den freien Samstagnachmittag für alle Textil-arbeiter im Gefolge haben. Bereits sind viele Textil-fabriken des Landes freiwillig zur Einführung des all-gemeinen freien Samstagnachmittags übergegangen.

Unsere holländischen Bruderverbände können sich dieses Erfolges, der hauptsächlich ihrem energischen Ein-treten zu verdanken ist, mit Recht freuen. In Holland ist nun das gesetzgeberisch zum großen Teile verwirklicht, wofür in Deutschland unser christlicher Textilarbeiter-verband seit Jahren gekämpft hat. Bereits vor mehreren Jahren hat unser Vorsitzender, Kollege Schijffer, im Reichstage einen Antrag eingebracht, der für die ver-heirateten Frauen den freien Samstagnachmittag forderte. Leider ist der Antrag damals mit Hilfe der Regierung und der sozialdemokratischen Partei zu Fall gebracht worden, zur lebhaften Genugtuung des Organs des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Kollege Schijffer hat wiederholt erklärt, daß auch er für den allgemeinen freien Samstagnachmittag sei, aber um schneller zum Ziel zu kommen und um vor allem den verheirateten Frauen den dringend notwendigen Schutz zukommen zu lassen, sollte mit seinem Antrag ein Uebergang zum all-gemeinen freien Samstagnachmittag geschaffen werden. Die Durchführung des Antrages unseres Kollegen Schijffer würde ebenso wie in Holland auch in Deutschland praktisch wenigstens in diesen Bezirken eine Arbeitszeitverbesserung für alle Textilarbeiter im Gefolge gehabt haben. Wenn wir noch nicht soweit sind, haben wir das dem damaligen Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten mit zu verdanken, die obendrein noch vom „deutschen“ Textil-arbeiterverbande für ihre sonderbare Vertretung der Arbeiterinteressen förmlich beglückwünscht wurden.

Schlaglichter auf die Wohnungsfrage.

Eine Reihe sozialer Erscheinungen, die neuerdings besonders kraß sich gezeigt haben, hat die Wohnungsfrage wieder zur aktuellsten sozialen Frage werden lassen. In nicht wenigen Orten kann man von einer direkten Wohnungsalamantät sprechen. Interessante Einblicke speziell in die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter wirft nun eine Erhebung, die fünf katholische Arbeitervereine der Stadt Dortmund veranstaltet haben, und über deren Ergebnisse das dortige Arbeiterssekretariat eben berichtet.

Von den an die Vereine ausgegebenen Fragebogen wurden bis 1. April 1914 1016 zurückgegeben. Die antwortenden Mieter gehörten folgenden Berufen an: Metallarbeiter 278, Bauarbeiter 224, Bergarbeiter 102, sonstige Arbeiter 412.

Die Familien bewohnten Räume einschließlich Küche: 1 Zimmer in 3, 2 Zimmer in 801, 3 Zimmer in 473, 4 Zimmer in 124 und 5 Zimmer in 25 Fällen. Hierdurch wird wiederum bestätigt, daß die Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnung die gebräuchlichste Wohnung der Arbeiter ist. Der Bericht macht dann nähere Mitteilungen über die Wohnziffern und schließt daraus: „Jeder unbefangene Beurteiler der Frage wird zugeben müssen, daß ein großer Teil der Wohnungen als überfüllt anzusehen ist, in denen bezüglich des Schlafraumes eine Trennung der Geschlechter bei heranwachsenden Kindern absolut nicht durchgeführt werden kann. Noch bedenklicher aber wird die Sache, wenn die Familien wegen zu geringen Verdienstes oder Krankheit des Mannes gezwungen sind, sonstige Verwandte oder Kostgänger bei sich aufzunehmen oder abzuvermieten. In 62 Fällen hatten nachweisbar die Familien noch sonstige Verwandte, zusammen 75, bei sich aufgenommen, und in 118 Fällen war von der Wohnung an 221 Kost- oder Logisgänger noch abvermietet. Die Mehrzahl dieser Fälle betraf Wohnungen mit 3 Zimmern.“

Der Mietpreis beträgt für eine Zwei-Zimmer-Wohnung bis zu 300 M., in der Mehrzahl der Fälle bleibt er unter 250 M., für eine Drei-Zimmer-Wohnung bis zu 420 M., in der Mehrzahl der Fälle bleibt er unter 320 M. Für eine Vier-Zimmer-Wohnung ist zu zahlen als Höchstpreis bis zu 660 M., in den meisten Fällen jedoch beläuft sich der Mietpreis bis zu 400 M. Bezüglich der Mietpreise von unter 200 M. für eine Zwei-, unter 250 M. für eine Drei- und unter 350 M. für eine Vier-Zimmer-Wohnung wurde festgestellt, daß es sich durchweg um Wohnungen des Spar- und Bauvereins oder um Werkwohnungen handelt. In rund 380 Fällen wurde während der Dauer der Mietzeit die Miete erhöht. Die Familien wohnen in der Wohnung: bis 1 Jahr in 409, 2 Jahre in 201, 3 Jahre in 105, 4 Jahre in 66, 5 Jahre in 35, über 5 Jahre in 200 Fällen. Bei den Fällen, in denen die Familien länger wie 5 Jahre die betreffende Wohnung bewohnten, mußte wiederum festgestellt werden, daß es sich um Werkwohnungen oder Wohnungen des Spar- und Bauvereins handelt. Nach Abzug dieser ergibt sich dann, daß 74 Prozent der übrigen Familien höchstens 2 Jahre und 50 Prozent schon innerhalb eines Jahres oder nach einem Jahre dieselbe Wohnung bewohnen bzw. wieder umziehen.

Auf alle Fälle offenbaren sich in vorstehenden Ziffern die wohlthätigen Wirkungen des gemeinnützigen Wohnungsbaues.

Eine berechtigte Warnung.

In der in Mühlhausen (Elsaß) erscheinenden „Oberelsässischen Landeszeitung“ lesen wir: „Schon wiederholt sind auf das Büro des christlichen Textilarbeiterverbandes, Franklinstr. 5, Mütter gekommen, die ihre Kinder bei der Firma Frey, Baumwollspinnerei, beschäftigen lassen wollten. Sie wurden vom Pförtner der betr. Firma auf das Büro des (roten) Textilarbeiterverbandes verwiesen, um sich da einschreiben zu lassen. Auf dem Büro des christlichen Textilarbeiterverbandes, wohin sie sich hierauf wandten,

mußte ihnen indes bedeutet werden, daß bei der Firma Frey ein Tarifvertrag besteht, laut welchem sich alle neuereintretenden Arbeiter und Arbeiterinnen dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband anschließen müssen, wenn sie bei der Firma Frey Beschäftigung finden wollen. Da diese Tatsache noch nicht allgemein bekannt zu sein scheint, machen wir hiermit alle christlichen Eltern darauf aufmerksam.

Herr Frey und seine Herren Direktoren haben es gar nicht in der Hand, Arbeiter anzunehmen, sondern die Einstellung besorgt einzig und allein der sozialdemokratische Textilarbeiterverband. Einmal im Betriebe drin, müssen die Arbeiter dann, ob sie wollen oder nicht, beim sozialdemokratischen Verband bleiben. Ein Austritt aus dem Verbande hätte den Verlust der Arbeitsstelle zur Folge. Es ist dies zwar gegen alle Freiheit; aber das Interesse des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, der das Wort Freiheit sonst auch immer so sehr im Munde führt, verlangt es so. Sozialdemokratische Theorie und Praxis! Die christlichen Eltern, die es aufrichtig meinen mit ihrer christlichen Gesinnung, ihren Kindern, und auch mit sich selbst, werden wissen, was sie zu tun haben.“

Unternehmer und Wirtschaftsfrieden.

Wie manche Unternehmer den Wirtschaftsfrieden zu „fördern“ bestrebt sind, zeigt nachstehendes Zirkular, das laut „Leipz. Volksztg.“ der Verband der Papier- und Zellstofffabrikanten an seine Mitglieder sandte:

1. Allgemeine Regeln.
 - a) Nimm in allen Arbeitssagen Fühlung mit der Fach- und Lokalorganisation des Arbeitgeberverbandes. Beide Verbände müssen sich gegenseitig in die Hand arbeiten, um drohende Streiks im Keime zu ersticken.
 - b) Prüfe jede Forderung deiner Arbeiter daraufhin, wie weit du sie nach Lage deines Geschäftes und ohne deine Berufsgenossen zu schädigen, bewilligen kannst. Hast du eine Forderung einmal abgelehnt, so beharre auf deinem Standpunkt. Die nachträgliche Bewilligung von Forderungen erregt bei deinen Arbeitern den Eindruck der Schwäche und ruft neue Forderungen hervor.
 - c) Versuche, in deiner Fabrik einen vaterländischen Werkverein zu gründen oder deine Arbeiter wenigstens teilweise einem nationalen Arbeitgeberverband anzuschließen. Diese Verbände wollen den Zustand vermeiden und wollen dir in Streikfällen eine wertvolle Stütze sein.

2. Fall des Ersuchens einer Gewerkschaft um den Eintritt in Verhandlungen mit dem Gewerkschaftssekretär.

- a) Lehne, soweit du vermagst, Verhandlungen mit der Arbeitergewerkschaft oder ihren Führern ab. b) Verstehe dich darauf, daß die Vereinigung nicht befragt ist, deine gesamte Arbeiterschaft zu vertreten. Verhandle, soweit du kannst nur mit der eigenen Arbeiterschaft.

3. Fall des Ersuchens um Abschluß eines Tarifvertrages.

Vermeide den Abschluß eines Tarifvertrages, denn er wird dir keinen Frieden innerhalb deines Betriebes bringen. Die Gewerkschaften, die die Tarifverträge selbst als Kampferträge bezeichnet haben, werden nach Ablauf der geltenden Verträge neue Forderungen stellen und du mußt den Frieden eines oder mehrerer Jahre mit

neuen Opfern bezahlen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Ausstände gerade in jenen Fabriken auszubrechen pflegen, die mit den Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben.

4. Fall des Ausbruches eines Streiks.

- a) Sollte ein Streik ausbrechen, so mache sofort der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes und womöglich auch der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Mitteilung unter genauer Darlegung der Ursachen des Streiks und unter Beifügung einer alphabetisch geordneten Liste nebst Geburtsdaten und Geburtsorten der streikenden Arbeiter. Mache auch deinem lokalen Arbeitgeberverband sogleich Mitteilung.
- b) Teile der Geschäftsstelle sofort mit, welche übernommenen Lieferungen durch den Ausbruch des Streiks unmöglich werden und für welche Stoffe du eventuell der Hilfe durch andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bedarfst.
- c) Benachrichtige, wenn es dir zweckmäßig erscheint, deine Kundschaft von drohenden Schwierigkeiten oder Ausfall der Lieferungen.
- d) Benachrichtige die Geschäftsstelle, ob du die Versorgung von Arbeitswilligen wünschst und eventuell in welcher Anzahl.
- e) Erwäge, ob du durch eine völlige Stilllegung des Betriebes die Beendigung des Streiks eher durchsetzen wirst, und ziehe eventuell den Rat der Geschäftsführung und des Vorstandes ein.
- f) Teile der Geschäftsführung mit, wie weit nach deiner Ansicht die Ausverkung von Arbeitern in benachbarten Fabriken zur Beendigung deines Streites beitragen würde.

Drohende Streiks sollen also im Keime erstickt werden. Die Berechtigung der Arbeiterforderungen scheint bei diesen Herren keine Rolle zu spielen. Beharre auf deinem Standpunkt; erkenne die Arbeiterorganisation nicht als legitime Interessenvertretung der Arbeiter an; schließe keine Tarifverträge ab, kurz, halte an dem alten, längst überlebten Herr-im-Hause Standpunkt fest, das ist das Rezept, nach dem der erwähnte Verband dem „sozialen Frieden“ dienen will. Interessant ist dabei die Rolle, die den „Gelben“ zugemutet wird. Sie sind dazu bestimmt, Klauselverdienste zu leisten und der vorwärtstrebenden Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen. Standesbewusste Arbeiter weisen eine solche Zumutung mit Entschiedenheit zurück.

Nun erst recht.

Wir haben des öfteren schon erwähnt, daß die „freien“ Gewerkschaften nicht ganz unschuldig sind, wenn sie von den Gerichten als politische Vereine erklärt werden. Gerade ihre enge Verbindung mit und ihr Eintreten für die Sozialdemokratie, hat ihnen diese Suppe eingebracht. Man sollte nun meinen, daß man im sozialdemokratischen Lager das einsehe und sein Verhalten entsprechend einrichte, um der Polizei jede Eingriffsmöglichkeit zu rauben. Das dem nicht so ist, zeigt ein Artikel der „Leipz. Volksztg.“ in dem es heißt:

„Daß die Regierung den Versuch macht, die Gewerkschaften für politisch zu erklären, beweist umgekehrt, daß diese noch lange nicht politisch genug sind. Sie empfinden auf höherer Stufenleiter dasselbe, was schon früher die Gewerkschaften von anarchistischen Anwandlungen befreite: die Angriffe des Staates zwingen sie, politisch aufzutreten. Auch jetzt müssen die Gewerkschaften viel polit-

Ein Rundgang durch die Kölner Werkbundaustellung.

Das Ausstellungsgelände zieht sich nördlich von der Hohenzollernbrücke und dem neuen Deutzer Bahnhof in einer Ausdehnung von 2 Kilometern am rechten Ufer des herrlichen Rheinkromes entlang und bietet einen herrlichen Überblick auf das schöne Panorama der Stadt Köln an anderen Ufer des Rheins. Geht man von der Hohenzollernbrücke aus zur Ausstellung, so liegt zunächst rechts direkt am Deutzer Bahnhof der Vergnügungspark, der durch eine große Brücke mit der Ausstellung verbunden ist. Betritt man das Ausstellungsgelände, so kommt man in eine schattige Baumallee, an der eine Reihe von kleineren Gebäuden errichtet sind. Dann kommt das eigentliche Eingangsgelände mit der Ausstellungsverwaltung, der Sanitätswache, der Garderobe usw. Das imposante Eingangs- und Portalgebäude besteht aus zwei Seitenbauten, die einen Ehrenhof umfassen. Mit seinen 4 runden Säulentrümen und den hohen Säulenportalen bildet es einen imposanten Auftakt zum eigentlichen Ausstellungsgelände.

Gegenüber dem Eingangsgelände, hinter einem großen freien Platz, liegt ein großer Ruppelbau, die Farbensehau, deren imposante Höhenwirkung durch ein davor liegendes Rasenparterre mit einer schlafenden Frauengestalt erhöht wird. Die Farbensehau wird einer der anziehendsten Punkte der Ausstellung sein. Alles, was irgendwie mit dem Zauberwort Farbe verknüpft ist, findet hier eine harmonisch zusammenwirkende Darstellung.

Links vom Portalgebäude wird der freie Platz von einem vielgliederten Bau begrenzt, von dem „Kölner Haus“, in dem die Stadt Köln alles das zur Schau bieten wird, was Kunst und Arbeit in der Rheinischen Metropole zu schaffen verstanden. Auf der anderen Seite dieses Platzes rechts vom Portalgebäude liegt die große Verkehrshalle, die das beste aus dem Gebiete des Verkehrswezens in sich enthält. Gewaltige Schnellzuglokomotiven, Eisenbahnwaggons, Tram-bahnwagen, Pferdewerme, Modelle von Luftschiffen und Ballontörben, sogar drei große Flugzeuge vom Kölner Fliegerbataillon sind in dieser Halle ausgestellt. — Am Ende der Verkehrshalle liegt, etwas zurücktretend, ein hohes turmartiges Gebäude, das künstlerisch hergestellte Kirchenfenster in einem würdigen Rahmen zur Schau stellt.

Links von der Farbensehau schließt sich an den großen Platz vor dem Eingangsgelände die Ladenstraße an, die mit ihren 48 modernen Läden der Eigenart der Ausstellung in besonderer Weise Rechnung trägt. Die Ladenstraße macht den Versuch, praktisch zu zeigen, daß die gute, mancherorts schon geübte Sitte, die Läden nicht direkt an die Straße, sondern in seitlichen Hallengängen anzubringen, in moderner Form ohne Beeinträchtigung der Sichtzufuhr sehr wohl zu ermblichen ist. Zwischen der Ladenstraße und dem Kölner

Haus schiebt sich noch ein kleines rotes Holzgebäude hinein, das interessante Wohnungseinrichtungen aus Paderborner Werkstätten herbeibringt.

Geht man vom Portalgebäude zwischen Farbensehau und Verkehrshalle hindurch, so gelangt man auf einen großen freien Platz, in dessen Hintergrund sich auf einem früheren Festungsort das Teehaus erhebt, das neben modernen Restaurationsräumen zur Zeit das Münchener Marionettentheater beherbergt. Auf dem Mischenplatz vor dem Teehause steht ein schöner Springbrunnen, dessen über 4 Meter im Durchmesser haltende Schale aus einem Stück von den Treuschlinger Marmorwerken geliefert wurde. Mit dem schönen Baum- und Blumenschmuck und den noch vorhandenen, zu Anlagen ausgebauten Festungsgräben macht diese Anlage den Eindruck einer Idylle im modernen Weltgetriebe. — Wendet man sich vom Teehaus zum Rhein, so sieht man auf den Pavillon der Hamburg-Amerika-Linie, einen anprechenden Ruppelbau, der in seinem Inneren Einrichtungen der modernen Dampfer enthält.

Die Ladenstraße ist in der Mitte unterbrochen und wird nach dem Rheine zu von einem großen Kaffeehaus flankiert, einem hübschen Bau mit lustigen hellen Räumen und einer großen Terrasse am Rheinufer, die einen herrlichen Ausblick auf das Stadtbild von Köln bietet.

Hat man die Ladenstraße durchwandert, so befindet man sich wieder auf einem großen freien Platz. Links nach dem Rheine zu steht ein Altkellerhaus, oder das „Gelbe Haus“. Anschließend daran, wieder am Rheine, das große Hauptbierrestaurant, mit einer herrlichen Rheinterrasse. Rechts davon liegt das Oesterreichische Haus, das eine der originellsten Schöpfungen der Ausstellungstadt darstellt. In seinem Innern wird das Oesterreichische Haus eine reiche Fülle von interessanten Ausstellungsgegenständen bringen.

Damit sind wir auf dem Hauptausstellungsplatz angelangt. Links vom Rheinufer aus liegt das Hauptrestaurant und die Festhalle, die durch eine Bar verbunden sind. Der Platz ist durch künstlerische Blumenanlagen und durch Baumalleen geschmückt. Tritt man vom Rheine aus auf die Haupthalle zu, so liegt rechts, zurückgeschoben hinter dem Oesterreichischen Haus, angelehnt an das Glacis des alten Forts, ein eigenartig wirkender Bau, das Sächsisches Haus. Hier hat das Königreich Sachsen seine Erzeugnisse zur Schau gestellt, insbesondere sind die Städte Leipzig, Chemnitz und Plauen stark vertreten. — Hinter dem Sächsischen Haus seitlich rechts von der Haupthalle liegen die beiden Kolonialhäuser; sie sollen Musterbeispiele für einen kolonialen Bau sein, der endlich mit den Wellblech- und Dachpappentiel der bisherigen Kolonialbauten aufräumt. Im Innern bergen die beiden Häuser Erzeugnisse aus den Kolonien und für koloniale Zwecke bestimmte Fabrikate.

Nun kommen wir zu der gewaltigen Hauptausstellungshalle, die allein 22000 Quadratmeter Bodenfläche bedeckt. Die lang hingestreckte Fassade zeigt in der Mitte einen Ruppelbau mit vorspringender Rotunde, an die sich rechts

und links Wandelgänge anschließen. In der Ruppelhalle steht die Nischenstatue eines griechischen Jünglings, das Goethe-denmal von Hahn. Von der Rotunde gelangt man über eine Treppe in einen Ehrensaal, der Erzeugnisse der Edelmetalle, Glas- und Keramikindustrie zeigt. Im übrigen enthält die Haupthalle die vorzüglichste bayerische Ausstellung, ferner die von Württemberg, Hannover, Schlesten, Hamburg, Sagen i. W., Frankfurt a. M., Bielefeld usw. Eine große Anzahl von Sälen bergen die Erzeugnisse der Raumkunst, Spielwaren, Tapeten, Vinoleum, Beleuchtungskörper, Teppiche, Damenstoffe, Seide, Buchgewerbe, Photographieprodukte usw. Zwölf große Cabinetts hinter den Kolonaden sind den 12 Apokryphen des Werkbundes gewidmet, drei große Räume der kirchlichen Kunst, wo der evangelische, katholische und israelitische Kultus besonders berücksichtigt sind.

Nördlich von der Haupthalle liegt das moderne Künstlertheater, das am 1. Juni seine Pforten geöffnet hat. Der Bau ist außerordentlich interessant und macht schon äußerlich einen imponierenden Eindruck. Rechts und links vom Theater sind zwei plastische Werke, ein Brunnen und eine Bewegungskudie, aufgestellt, vor dem Theater ein „tanzenbes Mädchen“. — An plastischen Werken, wie Brunnen, menschliche Statuen, Löwen usw. ist die Ausstellung sehr reich.

Dem Theater gegenüber, auf der anderen Seite des Platzes, liegt das Haus der Frau, das, in langer niedriger Flucht hingelagert, ein Musterbeispiel für einen richtigen Ausstellungsbau darstellt, ohne deshalb der künstlerischen Qualität zu ermangeln. Hier wird die deutsche Frauenwelt zeigen, was sie zu leisten vermag. Nach dem Rheine zu schließt sich an das Haus der Frau ein reizendes Gärtchen an. — Seitlich vom Theater befindet sich noch der Krankenhauspavillon der Stadt Köln mit einer Musterapotheke und einer Anzahl von Kranken- und Bräunzimmern, ferner ein Pavillon einer hannoverschen Refsabrik.

Am nördlichen Ausgang des Hauptplatzes befindet sich das Bürogebäude, die Maschinenhalle und die Fabrik. In der Richtung zum Theater zeigt das Bürogebäude eine hohe, von zwei turmartigen Aufsätzen flankierte, nur von wenigen Fensteröffnungen unterbrochene Wand, während nach dem Hofe zu durch Verwendung von viel Glas ein freier Ueberblick gestattet ist. Hinter dem Hofe beginnt dann die prächtig gegliederte große, aus Eisen und Glas erbaute Maschinenhalle. Sie enthält zahlreiche und wertvolle Erzeugnisse der Maschinenindustrie, insbesondere Werkzeuge, Holzbearbeitungsmaschinen und Motore. Bei letzterer wurde besonderer Wert auf schön entwickelte Formen gelegt. Im „Deutzer Pavillon“ hat die Deutzer Gasmotorenfabrik eine besondere Ausstellung veranstaltet. In dem Bürogebäude werden ein technisches und ein kaufmännisches Büro gezeigt, die nicht nur den modernen Bedürfnissen gerecht werden, sondern auch dem guten Geschmack vollauf Rechnung tragen.

Gegenüber dem Deutzer Pavillon steht das Stagenhaus, das eine Musterwohnung für einen Junggesellen und für ein junges Ehepaar enthält. Ein seltenes Ausstellungsobjekt

ischer werden; all ihre Mitglieder müssen sich über die Zusammenhänge der Gesellschaft aufklären, sich energisch an dem politischen Kampf beteiligen, ihre Kameraden aufrütteln und aufklären, damit durch kräftige angreifende Aktionen des proletariats der Reaktion ein „Salt!“ zugerufen wird.“

Wir fürchten, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Rat befolgen, kommen sie vom Regen in die Traufe.

Unentwegte.

Besteht da in Leipzig eine Harmoniumfabrik. Th. Mannborg ist ihr Name. Zwischen ihr und den dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeitern gab's Differenzen. Die Firma, die dem Arbeitgeberverband nicht angehört, wollte vor allem von der Vergütung des partitätslosen Arbeitsnachweises nichts wissen, da in dies tarifliche Vorrecht ist. Deswegen beschloß eine vorwiegend von Verbandsmitgliedern besuchte Versammlung, vorstellig zu werden. Der Unternehmer erklärte, erst „seine“ Arbeiter befragen zu wollen, ob sie ein Interesse an der Durchführung der vertraglichen Bestimmungen hätten und die Einmütigung des Verbandes billigten. Die Befragten bejahten sich die Antwortterteilung bis nach der neuerdings anberaumten zweiten Fabrikversammlung vor. In dieser sahlg aber der Wind um. Warum? Ein Geschäftsjubiläum mit Festessen stand bevor. Den hier in Aussicht stehenden Genüssen vermochten auch die sonst so tapferen Klassenkämpfer nicht zu entsagen. Ueber ihr weiteres Verhalten berichtet ein Versammlungsbericht der Holzarbeiter in der „Leipz. Volksztg.“ (Nr. 114, 1914) wie folgt:

„Waren vorher alle einig, daß auch die Firma Mannborg den Bestimmungen des Vertrages zu unterstellen sei, so war am Montag keine Rede mehr davon. Unter den 110 Anwesenden waren 58 Verbandsmitglieder, die übrigen Meister, Arbeiterinnen, Bader usw., sowie Unorganisierte. Der Grundton der Verhandlungen war mit einemmal, ja nicht die vom Unternehmer im Genztheater-Restaurant in Aussicht gestellten Jubiläumsgeschenken zu führen; etliche wischten sich schon den Mund mit schmeizendem Speise über die in Aussicht stehenden Speisen und Getränke. Ein Antrag des Verbandsmitgliedes Leuber, die vom Unternehmer geforderte Abkündigung bis nach dem Jubiläum zu vertagen, fand gegen 28 Stimmen Annahme. Unter Mitwirkung von dem am Vertrag nicht Unbeteiligten unterließen es so die Verbandsmitglieder, gegen das Danaergesicht des Jubiläumseffens ihren kaum 48 Stunden vorher zum Ausdruck gebrachten Auffassungen Achtung zu verschaffen. Der Vorsitzende stellte fest, daß eine solche unwürdige Haltung einer organisierten Arbeiterschaft kaum zu überbieten sei.“

Und so was passiert in Leipzig, der Hochburg des radikalen Sozialismus! Das Interessante ist, daß nach dieser Darstellung die Genossen nicht etwa aus Rücksicht auf das Geschäftsjubiläum an sich so gehandelt haben, daran denkt ein prinzipienfester Genosse nicht; nein, die in Aussicht stehenden kulinarischen Genüsse scheinen sie dazu bewogen zu haben. Dafür darf man schon

erhebt sich hinter dem Deuger Pavillon, nämlich eine gewaltige Dampfmaschine von 12000 Tonnen Druckfähigkeit für die Herstellung von Panzerplatten. Die Höhe dieser Maschine, die für ein paar Weltfirmen in Betracht kommen kann, beträgt nicht weniger wie 14 Meter.

Am nördlichen Ende der Ausstellung ist in kurzer Zeit eine moderne menschliche Niederlassung, nämlich das „Niederhessische Dorf“ aus dem Boden emporgewachsen. Diese Musterdorfanlage bildet einen Hauptangeziehungspunkt der ganzen Ausstellung. Sie soll ein Musterbeispiel für eine Dorfanlage in einer Gegend sein, wo sich bäuerliche und industrielle Bevölkerung vermischen haben. Die Anlage hat zwei Straßen, die in einen Platz ausmünden. Die eine Straße wird begrenzt von einem Bauernhof, einer Weinkneipe und einem Arbeiterhaus, dann auf der anderen Seite von einem alkoholfreien Saalhaus. Den Dorfplatz, in dessen Mitte sich ein hübscher Brunnen befindet, begrenzen eine aus Holz erbaute Jugendhalle, das Hauptdorfvirthaus zum „Langbrüder“, ein Dreifamilienhaus und ein Bauernhof, der für etwa 120 Morgen Landbesitz berechnet ist. Dieser moderne Gutshof ist vollständig, auch mit lebendem Vieh ausgestattet und im Betrieb. Zwischen den beiden Straßen erhebt sich die hübsche Dorfkirche mit einem idyllischen Friedhof. An der zweiten Straße liegt eine Dorfschmiede, drei Arbeiterhäuser und nebeneinander mehrere Reihenhäuser. Für die Arbeiter ist besonders interessant die Bauart der Arbeiterhäuser und ihre innere Einrichtung. Leider werden nur wenige Arbeiterfamilien in der Lage sein, den Preis für eine solche Wohnung zu erschwingen. Nichtsdestoweniger wird der Besuch und das genaue Studium dieses Teiles der Ausstellung manche wertvolle Anregungen geben und nachhaltige Eindrücke zurücklassen.

Westlich des Ausstellungsgeländes, in der Richtung hinter dem Theater, befindet sich dann noch der große Spielplatz oder das Stadion, wo große Massenveranstaltungen sportlicher oder anderer Natur abgehalten werden. Am Sonntag, den 2. August, wird hier die christlich organisierte Arbeiterschaft Westdeutschlands sich zu einer Massendemonstration versammeln und die Ausstellung dann in ihren einzelnen Zellen besichtigen.

Als Ganzes betrachtet, stellt sich die Ausstellung als eine großartige Leistung ersten Ranges dem Besucher vor Augen. Der Deutsche Werkbund und die Stadt Köln haben hier etwas geleistet und geboten, was dem kritischen Auge der konkurrierenden Kulturvölker nach jeder Richtung hin Stand halten kann. Arbeitskraft und Kunstsinne des werktätigen deutschen Volkes haben sich vereint, um vor der großen Öffentlichkeit von ihrem Wollen und Können Zeugnis abzulegen. Und der denkende deutsche Arbeiter wird nicht nur Anregungen und Nutzen aus einem Besuch dieser Ausstellung ziehen, sondern sich auch wieder so recht seines eigenen Wertes in dem Räderwerk der Volkswirtschaft bewußt werden.

mal seine Prinzipien in die Tasche stecken, selbst dann, wenn damit zugleich die Preisgabe von Arbeiterinteressen mit verbunden ist.

Weshalb wir den Vorgang erwähnen? Um zu zeigen, daß es auch bei den Genossen menscheit und sie darum keine Veranlassung haben, sich anderen gegenüber immer aufs hohe Pferd zu setzen.

Arbeiter im Gewerbeaufsichtsdienst.

Mit der Heranziehung von Arbeitern zum Gewerbeaufsichtsdienst hat das Großherzogtum Hessen so gute Erfahrungen gemacht, daß man dort die etatmäßige Anstellung dieser Gewerbeinspektionsgehilfen für das Jahr 1914 in Aussicht genommen hat. Arbeiter als Gehilfen im Gewerbeaufsichtsdienst kennt man neben Hessen und Elsaß-Lothringen auch das Königreich Bayern. Wie man uns von dort schreibt, wurden hier Gewerbeaufsichtsassistenten, männliche wie weibliche, aus dem Arbeiterstand entnommen, schon 1903 eingeführt. Heute beträgt deren Zahl zusammen 15, die etatmäßig angestellt sind. Diese Arbeiter haben sich in Bayern sehr bewährt, und man hat mit ihnen ebenfalls wie in Hessen günstige Erfahrungen gemacht.

Nachdem man so über die Arbeiter im Dienste der Gewerbeaufsicht in mehreren Staaten nur Gutes hört, hätten die anderen Bundesstaaten, allen anderen Preußen voran, um so weniger Veranlassung, das Beispiel Bayerns, Elsaß-Lothringens und Hessens nicht nachzuahmen!

Einiges über Automaten-Webstühle.

Nachdruck verboten.

Durch die Anwendung des Automaten-Webstuhles wird die Fabrikation verbilligt und größere Weberei-Anlagen können mit einer verhältnismäßig geringen Zahl von Arbeitskräften auskommen. Obwohl der immer schärfer werdende Konkurrenzkampf in der Textilindustrie auf den einzelnen in diesem Kampfe stehenden tief einschneidende und mitunter sogar vernichtende Wirkung hat, zwingt er doch die Industrie zu immerwährendem Fortschreiten. Demzufolge hat sich die Textilindustrie zu einer ungeahnten Vollkommenheit entwickelt, und man hat die Tätigkeit des Menschen in weit ausgedehntem Maße der Maschine übertragen, um die Menschheit zu entlasten und die Produktion zu erhöhen. So hat man auch an der Vervollkommnung des mechanischen Webstuhles mit Erfolg gearbeitet und diesen vielfach in praktischen Gebrauch genommen. Man hat einige Arten von Automaten-Webstühlen, welche sich in der Praxis bewährt haben. In Deutschland ist der Northrop-Stuhl viel in Anwendung. Bei diesem geschieht das Auswechseln des Schusses auf der Spindel, hingegen hat man auch Automaten-Webstühle im Gebrauch, bei denen das Auswechseln der Schusspulen mit dem Schützen vorgenommen wird. Da diese Stühle ebenso wie der Northrop-Stuhl eine fachgemäße Behandlung und eine eingehende Kenntnis des Mechanismus und dessen Arbeitsweise bedingen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Der Northrop-Stuhl ist ein Unterschlagstuhl, und es kann demzufolge nicht die Tourenzahl angewandt werden, die mit einem Oberschlagstuhle derselben Breite ohne Nachteil angewandt werden kann.

Der Vorteil der automatischen Webstühle liegt gegenüber den gewöhnlichen Webstühlen in der Arbeitsersparnis, welche durch die selbsttätige Spulenauswechslung erreicht wird. Man hat auch Webstühle mit selbsttätigem Schützenwechsel, bei denen der Schützenwechsel bei verlangsamttem Gang des Stuhles während einer Tour geschieht. Wenn der Schützenwechsel stattfinden soll, wird, durch eine Kuppelung betätigt, die gewöhnliche Wollscheibe des Stuhles ausgelöst. Zu gleicher Zeit wird ein Mechanismus in Tätigkeit gesetzt, welcher die Gangart des Stuhles auf ein Drittel reduziert. Das Reduzieren der Stuhlgeschwindigkeit erfolgt in dem Moment, in welchem sich die Lade in ihrer äußersten Stellung rückwärts befindet und der Schlag bereits erfolgt ist. Der auszuwechselnde Schützen wurde also von der Antriebsseite des Stuhles aus durch das Fach geschossen. Der Schützenwechsel vollzieht sich während der langsamen Vorbewegung der Lade. Dabei wird der Boden desjenigen Schützenkastens geöffnet, in welchem der Schützen sich befindet, daß ist der Kasten, der der Antriebsseite des Webstuhles gegenüber liegt. Der Boden dieses Kastens öffnet sich nach rückwärts, und der Schützen fällt in einen Behälter. Das Wiedererheben des Kastensbodens ist vollzogen, wenn die Lage in ihre vorderste Stellung (Ladenanschlag) gelangt. Dabei hat sich in der vordersten Schützenlastenwand eine Klappe geöffnet. Diese ermöglicht den Eintritt eines neuen, mit einer Spule besetzten Schützen, welcher im Schützenmagazin vorrätig ist. In letzterem sind mehrere Schützen vertikal aufeinander geschichtet. Durch den Schützenwechsel-Mechanismus wird der untere Schützen vorgeschoben und gelangt in den Kasten, der sich beim Vorgehen nähernden Lade. Die Klappen des Schützenkastens und des Magazin schließen sich beim Ladenrückgang. Der Kuppelungsmechanismus wird darauf verschoben, daß die normale Festscheibe wieder eingerückt wird und der Stuhl seinen normalen Gang erhält. Sobald die Lade in ihrer Stellung rückwärts anlangt, ist das Schützenwechseln vollzogen, und der frische Schützen kann abgeschossen werden. Es geschieht dies bei normaler Ganggeschwindigkeit, so daß der Schützen ohne Schwierigkeit in den Kasten auf der Antriebsseite des Stuhles gelangen kann. Bei diesem Stuhle läßt sich eine Tourenzahl (Ganggeschwindigkeit) anwenden, die bei Automatenstühlen, bei denen der Schützenwechsel bei normaler Geschwindigkeit geschieht, nicht angewandt werden kann, wenn der Stuhl tadellos arbeiten und geschont werden soll.

Der eben erwähnte Stuhl ist ein Oberschlagstuhl und wird als Festblatt- und als Blattfliegerstuhl gebaut. Damit Schußbrüche im Gewebe vermieden werden, ist ein Schußföhler-Mechanismus angebracht, der das Schützenwechseln vor dem gänzlichen Abwehen der Schuß-Spulen bewirkt. Man hat

eine Schußföhler-Vorrichtung angebracht, und es ist die Anwendung eines besonderen Beschützens erforderlich. Bei diesem liegt auf dem rückwärtigen Ende des Schützens ein Föhler auf, welcher mit dem Schwächerwerden des Spulenskopfes tiefer herabfällt. Nachdem die Spule genügend abgeschossen ist und nur noch ein Rest auf der Föhler bezw. Spindel sich befindet, nimmt der Föhlerhebel eine derartige Lage ein, daß ein zweites Hebelchen ausgelöst wird. Das Ende dieses zweiten Hebelchen wird durch einen im Schützen befindlichen kleinen Schütz geführt und ragt einen kleinen Teil nach auswärts. Durch dieses Ende wird eine leichtgeformte Falle ausgelöst, welche sich an der vordersten Seite des Schützenkastens an der Antriebsseite befindet. Durch diese wird die Wechseleinrichtung betätigt. Die Vorrichtung am Schützen ist einfacher Art, und sie funktioniert gut.

Das Arbeiten mit Schußföhler ist von wesentlicher Bedeutung, denn ohne denselben geschieht die Erneuerung des Schusses nach Zuerbegehen des Schußfadens, was durch die Betätigung der Schußgabel geschieht, die mit dem Wechseleinrichtung in Verbindung gebracht worden ist. Geht nun der Schußfaden in der Mitte des Gewebes zu Ende, so entsteht ein Schußfehler im Gewebe. Will man einen gewöhnlichen Oberschlag-Webstuhl für automatische Schützenwechselvorrichtungen umbauen, so ist die Uenderung des Stuhlantriebes durch Anbringen der Friktions-Kuppelung und der Langsambewegung des Stuhles zu ändern. Dieser Mechanismus wird quer durch das Stuhlinner mit dem Wechsel-Mechanismus verbunden, der an der der Antriebsseite gegenüber liegenden Stuhlseite angebracht wird. Am Brustriegel vor der Lade ist das Schützenmagazin anzubringen, die Schützenkasten werden abgedeckt, und statt der gewöhnlichen Schützen kommen solche mit Schußföhler-Vorrichtung zur Anwendung oder man bringt die Föhler-Vorrichtung in dem Schützen an. Hch.

Aus unserer Industrie.

Ein Trust in der russischen Textilindustrie.

Nachdem sich unlängst die drei Moskauer Kattunfabriken Hüner, Konchin und die Danilowker Manufaktur, welche ein Kapital von 15 Millionen Rubel darstellen, vereinigt haben, steht der Anschlag der übrigen Moskauer Kattunfabriken, welche zum mindesten mit dem gleichen Kapital arbeiten, an diese Vereinigung bevor. Der Kattuntrust wird dann ungefähr 50000 Arbeiter beschäftigen und 20 Millionen Stück Ware herstellen. Es verlautet schon jetzt, daß man das Hauptaugenmerk der Ausfuhr der Erzeugnisse zuwenden wird.

Einigung im Krawattengewerbe.

Die Krawattentombentio, das heißt der Verband deutscher Krawattenfabrikanten, hat in dem von uns mehrfach erwähnten Streit mit den Abnehmern nachgegeben. Sie verzichtet auf die Erhebung des Treuerabatts. Die Abnehmer, an der Spitze der Verein deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche und der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, gehen als Sieger aus diesem Streit hervor. Der Ausgang des Kampfes hat bewiesen, daß der von uns und allen einsichtigen Kaufleuten als gegen die kaufmännische Loyalität verstößende Treuerabatt gegen den Willen der geschlossenen Abnehmerchaft nicht durchführbar ist. Der Grund dafür, daß die Lieferanten so schnell nachgegeben haben, ist vor allem darin zu suchen, daß die Reisenden der Konventionfirmen in der letzten Zeit vielfach ohne Orders nach Hause kamen, während die beiden Dutzendfirmen aus dem Kampf große Vorteile zogen. Hinzu kam, daß die Verhängung einer Ordersperre sowie die stärkere Heranziehung ausländischer Lieferanten in Aussicht stand. Ueber den Ausgang, den ein solcher Kampf genommen hätte, konnten sich die Fabrikanten keinen Augenblick im unklaren sein.

Die deutsche Teppich-Industrie und die Einfuhr orientalischer Teppiche.

Im Geschäftsberichte der Würzener Teppich- und Veloursfabriken A.-G. in Würzen wird Klage erhoben über die andauernde Benachteiligung der deutschen Teppich-Industrie durch die mit einem ganz unverhältnismäßig niedrigen Zoll belastete große Einfuhr billig hergestellter orientalischer Teppiche. Es erziehe als Lebensfrage der deutschen Knüppelteppich-Industrie, daß beim Abschluß der neuen Handelsverträge im Jahre 1917 hierin eine Uenderung statfinde. Die scharf steigende Richtung der Rohmaterialpreise in 1913 habe sich in den ersten Monaten des neuen Jahres fortgesetzt. Ein Zurückgehen scheine in absehbarer Zeit auch ausgeschlossen, da die Welterzeugung schon für den normalen Verbrauch nicht ausreiche. Hierzu komme aber noch der außergewöhnliche Bedarf in großen Wollen seitens der in- und ausländischen Militärverwaltungen für Decken, Uniformen, Wollmatratzen infolge der neuen Militärverordnungen. Ganz erhebliche Mengen seien dem Markte dadurch bereits entzogen worden und würden ihm weiter in den kommenden Jahren entnommen werden.

Juteanbauversuche einer Kalkuttaer Jute-Spinnerei in Britisch-Indien.

Der Handelsfachverständige beim Kaiserl. deutschen Generalkonsulat in Kalkutta teilt mit: „Die Firma Hirtzkyre Prof. in Kalkutta, die eine der bedeutendsten Jute-Spinnereien und Webereien des Kalkuttaer Bezirkes besitzt, hat während der letzten Monate große Anbauversuche (30000 Acres = 12140 ha) im Ramrup-Distrikt in Assam von der Regierung gepachtet, um hier für den

eigenen Bedarf Gute anzubringen und so den Versuch zu machen, sich von dem Markt unabhängig zu machen. Ein ähnlicher Versuch soll schon einmal vor ungefähr 10-15 Jahren von einer Kalkuttaer Firma unternommen worden sein, der jedoch fehlschlug. Die heutigen Verhältnisse liegen vielleicht anders, und geben besonders die gegenwärtig herrschenden hohen Preise der Rohstoffe den Fabrikanten einen besonderen Reiz, Gute für eigene Rechnung anzubauen, um sich auf diese Weise von den Preissteigerungen des Marktes unabhängiger zu machen. Ob aber eigene Anzucht früherer Jahre zurückgehen sollten, ist eine Frage, die sich nicht so leicht beantworten lassen dürfte.

Der Verband Deutscher Buntweberinnen und verwandter Betriebe

hielt vor kurzem in Leipzig in der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik seine diesjährige ordentliche Generalversammlung unter reicher Beteiligung aus allen deutschen Bezirken ab. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden, Herrn C. Koesch, Mülheim, gab Herr Dr. Schiersch, Düsseldorf, einen Ueberblick über die Geschäftslage im Jahre 1913 und über die wichtigsten Maßnahmen zur Hebung der Lage der Buntweberinnen-Industrie. Die Aussichten für die Buntweberinnen-Industrie müssen als sehr schwach bezeichnet werden. Ohne Zweifel sei andauernd eine latente Ueberproduktion vorhanden, indem zwar nicht die Läger in den meisten Artikeln überfüllt sind, sondern jederzeit ein erheblicher Teil der Stühle still steht. Die Tätigkeit des Verbandes hat sich deshalb auch im Jahre 1913 auf Mittel und Wege richten müssen, ungesunde Preisunterbietungen nach Möglichkeit zu verhindern, ebenso weiteren Verschlechterungen der Zahlungsbedingungen vorzubeugen.

Zur Vorbereitung der Zolltarifrevision und der neuen Handelsverträge sind bereits entsprechende statistische Aufnahmen in Arbeit. Die Ausführungsverhältnisse sind für die deutsche Buntweberinnen-Industrie ungünstiger geworden, weil immer neue Auslandskonkurrenten auf dem Weltmarkt auftauchen, die teilweise unter erheblich günstigeren Produktionsbedingungen arbeiten. Eingehend wurde ferner die Frage einer Förderung des Exportes deutscher Textilerzeugnisse nach den deutschen Kolonien erörtert. Es wurde dabei der Beschluß gefaßt, im Auftrage des Verbandes einen bewährten Fachmann das deutsch-afrikanische Kolonialgebiet bereisen zu lassen, um an Ort und Stelle die Marktverhältnisse für Textilerzeugnisse zu studieren. Mit lebhafter Befriedigung wurde davon Kenntnis genommen, daß die Handelskammer M.-S. Labach bereits einen Beitrag zur Unterstützung dieser Reise bezeichnet hat. Der Antrag der Geschäftsführung, sich mit einem gleichen Unterstützungsantrag an sämtliche Handelskammern und die wichtigsten Textilverbände, sowie an einige der großen Zentralorganisationen zu wenden, wurde angenommen. Endlich wurde speziell im Anschluß an einen Vortrag des Herrn Justizrates Dr. Fuld über „Das deutsche Wettbewerbsgesetz und die deutsche Buntweberinnen-Industrie“ die Frage der sogenannten Elberfelder Verkaufstage eingehend behandelt und zur Kenntnis genommen, daß nach der Auffassung des Vortragenden zwar diese Ausverkaufstage nicht schlechthin bekämpft, wohl aber ihre Auswüchse notwendigerweise zurückgebrängt werden müssen, da die Gefahr besteht, daß ein sehr erheblicher Teil des deutschen Textilmarktes durch diese Verkaufstage vollständig unterwühlt wird.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Nachener Stöpperinnen.

„Die Arbeiterinnen aus den Stöpperereien sind nicht für den Verband zu gewinnen!“ Diese Meinung ist von Nachener Kollegen und Kolleginnen duzendmal schon ausgesprochen worden. Es hatte wirklich den Anschein, als ob unter dieser Arbeiterinnengruppe den Nöpperinnen, Nüßnerinnen und Stöpperinnen, mit der Organisation nichts zu machen wäre. Nur hin und wieder entbrannte in einer Firma ein Feuer der Begeisterung für den Verband. Wenn mit Abzügen gedroht wurde oder wenn eine andere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse eintrat, dann erinnerten sich die Stöpperinnen des Verbandes, des Helfers in der Not. Bei solchen Gelegenheiten traten dann auch regelmäßig mehrere in den Verband ein. War aber der Schaden glücklich abgewendet und ein Vorteil herausgeholt, dann war es auch ebenso regelmäßig vorbei mit der Begeisterung für den Verband — schwupp — waren sie wieder draußen. So ging das eine ganze Zeit.

Die Folgen einer solch verkehrten Handlungsweise blieben auch nicht aus. Häufig genug kamen die Fälle vor, daß den unorganisierten Arbeiterinnen aus der Stöppererei Abzüge diktiert wurden; besonders deutlich war dieses Vorgehen der Arbeitgeber, wenn sie zur selben Zeit den organisierten Webern Verbesserungen bewilligt hatten. Es ist ferner eine unbestrittene Tatsache, daß die Verhältnisse in solchen Betrieben regelmäßig wieder schlimmer wurden, wo kurz zuvor mit Hilfe des Verbandes Vorteile für die Stöpperinnen herausgeholt waren. Aber das kam dann nur daher, daß die Arbeiterinnen wieder aus dem Verband ausgestiegen waren. Sie „sparten“ sich nämlich den Verbandsbeitrag. Da konnten sich doch die Arbeitgeber auch die Zulage sparen! Seit mehreren Jahren haben sich die Verhältnisse für die Nachener Stöpperinnen immer mehr verschlechtert. Einzig in sittlicher Beziehung ist es gegen früher

besser geworden. Und dieser Erfolg ist lediglich dem Wirken des christlichen Verbandes zuzuschreiben. Der große Unterschied tritt erst dann klar zu Tage, wenn von jener Zeit erzählt wird, wo die Arbeiterinnen sozusagen als Freiwillige angesehen wurden. Heute fürchten gewisse Herren nichts so sehr, als die scharfe Beobachtung und die Kritik ihres Verhaltens — durch den Verband.

Aber in manch anderer Hinsicht ist keine Verbesserung zu verzeichnen. Es werden den Stöpperinnen längst nicht immer die gesündesten Arbeitsplätze angewiesen. Hoch oben unter dem Dache befinden sich einige Arbeitsräume; im Winter oft eisiger Kälte — im Sommer der Muthige der Sonne ausgefetzt. Andere Firmen weisen den Stöpperinnen Plätze in der Leimerei an, wo es stets lieblich „duftet“. Die meisten und größten Uebelstände finden sich aber in der Lohnfrage. Bei den Stöpperinnen gibt es fast in jeder Firma einen Teil, der in Akkord- und einen anderen Teil, der in Tagelohn arbeitet. Zwischen diesen beiden Gruppen entstehen nur dann Schwierigkeiten, wenn die Aufgabe der Stücke nicht richtig gehandhabt wird. Anderswo wird wieder das Zusammenarbeiten zweier Stöpperinnen an einem Stück aufrecht erhalten. Es ist jedoch weder gerecht, noch vernünftig, den durch zwei — oft sehr verschieden qualifizierte — Arbeiterinnen erreichten Lohn einfach in zwei Teile zu zerlegen.

In den meisten Betrieben wird allerdings jede Arbeiterin für sich allein beschäftigt und entlohnt. Trotzdem sind auch dann die Lohnverhältnisse nicht immer ganz klar und zufriedenstellend. Die Stücklöhne sind seit Jahren fast überall dieselben geblieben. Die Stücklängen aber blieben sich nicht gleich. Sie haben sogar zugenommen. Früher betrug eine Stücklänge rund 45 Meter, heute 60 Meter und darüber. Dazu kommt, daß die Stöpperinnen manches Betriebes überhaupt kein Stückmaß wissen! Ueberdies ist auch die Qualität der Stücke im Laufe der Zeit schlechter geworden. Ein Grund dafür sind die komplizierten Musterungen (u. a. Hosenstreifen). So werden an die Arbeiterinnen der Stöpperereien heute die größten Anforderungen gestellt. Aber eine Vergütung, eine Entschädigung, oder gar einen garantierten Mindestlohn gibt es bei Bearbeitung von schlechten Stücken für die Akkordstöpperinnen nicht. Statt dessen ist ein anderes Mittel im Schwung — ein Mittel, bei dem sich der Arbeitgeber ins Geschäft machen kann. Es ist das sogenannte „Fuschul“-Arbeiten.

Wenn die Akkordstöpperin schlechte Stücke zu bearbeiten hat, kann sie natürlich nicht an einen anständigen Lohn kommen. Es wird dann eine Summe mehr ausbezahlt; aber diese Schuldsumme muß dann die nächste Woche abgearbeitet werden. Wer hat bei diesem „System“ den Nutzen und wer den Schaden?

Auch sonst lassen die Lohnverhältnisse viel zu wünschen übrig. Es ließe sich manches über das Kapital „Strafen“ anführen. Auch Abzüge anderer Art sind nicht selten. Bei einer Firma wurde den jungen Mädchen ein Abzug pro Stück gemacht; zu welchem Zweck konnte bisher nicht festgestellt werden. Selbst an den Stücklöhnen sind schon Abzüge gemacht worden. So hatten die Stöpperinnen einer Firma früher 1,20 M. Stücklohn, heute 50 Pfg. weniger! Die hier aufgestellten Dinge bieten nur einen gedrängten Ausschnitt über die Verhältnisse der Arbeiterinnen in den Stöpperereien.

Das Gesagte gewinnt aber noch an Bedeutung durch folgende Tatsachen. Die Arbeit der Nachener Stöpperinnen ist Qualitätsarbeit. Sie muß systematisch gelernt und jahrelang geübt werden. Die Stöpperin muß sich geradezu zur Künstlerin entwickeln. Es werden deshalb in den Zeitungsannoncen stets nur „tüchtige Stöpperinnen“ gesucht. Die Nachener Arbeitgeber wissen sehr gut, daß sie ihre Ware auf dem Weltmarkt umso besser loschlagen können, je tüchtiger die Stöpperinnen sind.

Und trotz dieser hervorragenden Bedeutung der Stöpperinnen für das Unternehmen müssen die oben genannten Mißverhältnisse verzeichnet werden. Trotz der anspruchsvollen Arbeit sind die Lohnverhältnisse unbefriedigend und teilweise ungeregelt. Eine Folge davon, daß sich die Stöpperinnen allzulange vom Verbands fernhielten.

Jetzt aber rühren sich die Nachener Stöpperinnen. Sie haben anscheinend erfaßt, daß das rechte Standesbewußtsein eine rege, lebendige Ständesarbeit bewirken muß. Es setzte eine tatkräftige Agitation für den Verband ein. Die Kommission der Nachener Stöpperinnen sorgte zunächst für die Herausgabe eines Flugblattes. Dieses besprach speziell die Verhältnisse der Stöpperinnen. Auch die Verbreitung des Flugblattes wurde von den Arbeiterinnen selbst vorgenommen. Ueberall, wo es zur Verteilung kam, sagten die Stöpperinnen: „Gerade wie für unseren Betrieb geschrieben!“

So wurde der Boden vorbereitet für eine Anzahl Versammlungen. Nachdem die Verhältnisse gründlich durchgesprochen waren, ließen sich auch zahlreiche Stöpperinnen in den Verband aufnehmen. In einigen Betrieben sind sie heute vollzählig dem Verbands angegeschlossen. In diesen Betrieben ging man auch gleich zur praktischen Gewerkschaftsarbeit über. Zunächst wurden tüchtige und vertrauenswürdige Arbeiterinnen als Ausschußmitglieder gewählt. Zusammen mit der Verbandsleitung wurden die Wünsche besprochen. Das Resultat ist, daß in sämtlichen drei Betrieben, in denen der Ausschuß der Stöpperinnen vorstellig wurde, ein beachtenswerter Erfolg erreicht wurde. Ein Beweis, daß bei guter Organisation und bei vernünftigen, ruhigem Vorgehen Verbesserungen erzielt werden. Die Verhältnisse verlangen in Nachen jedoch gebieterisch, daß die Agitation unter den Stöpperinnen weiter bleiben wird. So wurden Ende April

und Anfang Mai 15 Versammlungen für die Stöpperinnen aus 21 Betrieben abgehalten. Die Agitation hatte gute Erfolge aufzuweisen.

Sie darf auch nicht mehr stille stehen. In den Nachener Tuchfabriken sind rund 2100 Stöpperinnen, Nöpperinnen und Nüßnerinnen beschäftigt. Sie alle sind lebhaft interessiert an der Entwicklung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse. Um ihre Berufsfragen müssen sie aber die Stöpperinnen selbst annehmen. Tüchtige, geschulte Ausschüsse für diese Abteilungen tun es aber nicht allein. In jeder Fabrik müssen sich die Stöpperinnen-Beauftragten vollzählig dem Verband anschließen. Auf dieses Ziel wird die Stöpperinnen-Kommission unablässig zusteuern.

Dementsprechend soll auch später eine besonders größere Stöpperinnen-Konferenz stattfinden. F. S.

„Deutsche“ Agitationsmethoden in Bayern.

Die Agitatoren des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes benötigen schon seit einiger Zeit in der Agitation einen Aufnahmefchein, der die Größe eines Flugblattes hat und in welchem in mächtig aufgeschauelten, insbesondere Fettdruck hervorgehobenen Zahlen die „Leistungsfähigkeit“ dieses Verbandes der Arbeitererschaft angepriesen wird. Mit diesem Produkt wird auch besonders an den Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes herumgehetzt, um sie vor ihrem eigenen Verband kopfschief zu machen und ins rote Lager hinüber zu ziehen. Gegen diese im allgemeinen nicht übliche Agitationsweise wandte sich die bayerische Bezirksleitung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands in einem Abwehrflugblatt, in welchem eine Gegenüberstellung der Leistungen des christlichen Verbandes und der des sozialdemokratischen Verbandes gemacht wurde. Dieses Flugblatt ist scheinbar den Führern des „deutschen“ Verbandes auf die Nerven gefallen. So erscheint jetzt nach einigen Monaten ein echt sozialdemokratisches Produkt in Form eines Flugblattes mit der Ueberschrift: „Ein Wort zur Aufklärung!“

Dieses Flugblatt ist so geschäftig geschrieben und mit persönlichen Anempfehlungen gepickt, daß der Verfasser desselben selbst nicht den Mut fand, seinen Namen darunter zu setzen. Er besaß vor allem die Dreistigkeit in der Einleitung seines Flugblattes die Führer der christlichen Gewerkschaften öffentlich zu verdächtigen, als ob dieselben in der Frage des Koalitionsrechtes eine für die Arbeitererschaft schädigende Stellung einnehmen. Als Beweis sei aus diesem Flugblatt folgender Satz hier angeführt:

„Herr Karl Matthias Schiffer, Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes, ist der Haupttrüfer in diesem brudermörderischen Kampf.“

Wir wollen nicht mit dem „deutschen“ Flugblattschreiber uns heute darüber auseinandersetzen, wer in Wirklichkeit und in der Praxis „einen brudermörderischen Kampf“ unter der Arbeitererschaft betreibt. Auf alle Fälle könnte durch eine Unmenge von Gerichtsurteilen nachgewiesen werden, wer diesen Kampf liebt und ihn betreibt. Während nun im roten Lager landauf, landab eine Verfolgung der christlichen Gewerkschaften, die jedenfalls auch die Lieblingsidee des roten Flugblattschreibers ist, vor sich ging, da hat der von dem roten Flugblattschreiber angepöbelte Reichstagsabgeordnete Karl Matthias Schiffer, in Gemeinschaft mit seinen Freunden Sieberts, Behrens, Becker u. a. unterm 30. Januar 1914 folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, die von ihm in der Sitzung des Reichstages am 10. Dezember 1913 dem Reichstage in Aussicht gestellte Zusammenstellung der Erfahrungen, die in dem Verlauf der Arbeitsfreitigkeiten in Deutschland und in anderen Ländern gemacht worden sind, auch auszuweihen auf die Erfahrungen über solche Auswüchse des Koalitionsrechtes im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern und Angestellten und deren Koalitionen insbesondere aber auf die Erfahrungen und Maßnahmen, die von Arbeitgebern und deren Organisationen durch Beschränkung der gesetzlich gewährtesten Koalitionsfreiheit, Arbeitsausschluß von Angehörigen bestimmter Vereinigungen und Verbände, Zwang zum Eintritt in Werkvereine, Führung schwarzer Listen, geheime Abmachungen über Annahme oder Nichtannahme von Arbeitnehmern, Streikbrechervermittlungswesen usw. veranlaßt wurden.“

Diese Resolution scheint der Flugblattler vollständig verschlafen zu haben, ebenso wie er die gewaltige Rundgebung des dritten Deutschen Arbeiterkongresses verschlafen hat, wo in Gegenwart von Regierungsvertretern eine deutliche Stellungnahme der christlichen Arbeitererschaft zum Koalitionsrecht eingenommen wurde. Sowohl die gesamte christliche Gewerkschaftspressen, als auch die bürgerliche Tagespresse hat sich dieser wirkungsvollen Rundgebung zumutend angeschlossen.

Im zweiten Teile des Produktes versucht dann der Schreiber, das Flugblatt des christlichen Verbandes „als frechen Schwindel und Verleumdung, da das Schamgefühl, längst zu den Hunden geflohen sein müßte“ und „als Fälschungen, von denen sich ehrliche Arbeiter mit Ekel abwenden“, abzutun.

Wenn nun der Flugblattschreiber die Zahlen, die ihm für seinen Verband in dem Flugblatt der Bezirksleitung des christlichen Verbandes zugrunde gelegt sind, als Schwindel bezeichnet, so schneidet er sich in die eigene Nase, ohne es zu ahnen. Diese Zahlen sind, wie eingangs erwähnt, dem Aufnahmefchein des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes entnommen, mit dem jedenfalls auch der „deutsche“ Flugblattler täglich hausieren geht. In diesem Aufnahmefchein steht folgendes geschrieben:

„Im ganzen wurden in den letzten drei Jahren an Unterabteilungen aus den Reihen des Deutschen Textilarbeiterverbandes gezahlt 824187,59 M. 145000 Mitglieder über 1 Million Vermögen.“

Daran muß jedenfalls der Flugblattschreiber nicht gedacht haben. Er spielte sich daher als Rechenkünstler auf und suchte einfach andere Zahlen zusammen, die ihm scheinbar besser in den Kram paßten. In diesem neuen Rechenexempel lauten dann die Zahlen wieder ganz anders, wie auf dem Aufnahmefchein. Und eine dritte Art von Zahlen befindet sich in der soeben erschienenen Nummer des sozialdemokratischen Verbandsorgans. Zur Klösterung der ganzen roten Rechenkunst seien die dreierlei Zahlen hierher gefest:

Auf dem Aufnahmefchein ist zu lesen an Unterstufungen 3241876,59 M.

In dem Flugblatt lautet die Zahl für Unterstufungen 3213666 M.

In Nr. 20 des roten Verbandsorgans zum selben Zweck 3112311,07 M.

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß, wenn von Schwindel die Rede sein kann, dieser nur dem Flugblattschreiber selbst zuzuschreiben ist.

Ganz genau wie mit diesen Zahlen, so verhält es sich auch mit der Mitgliederzahl; da ist zum Beispiel zu lesen auf dem Aufnahmefchein 145 000 Mitglieder, im Verbandsorgan wird angegeben, daß die höchste Mitgliederzahl überhaupt nur 144 353 betrug, sodann wird angegeben, daß am Schluß des Jahres 1913 die Mitgliederzahl heruntergefallen sei auf 138 079 und der rote Flugblattschreiber selbst weiß zu berichten, daß heute nur noch 136 854 Mitglieder vorhanden sind. Wer da am meisten schwindelt, das überlassen wir dem roten Flugblattschreiber. Dazu kommt noch, daß in dem sozialdemokratischen Verbandsorgan ganz bewegliche Klagen geführt werden über die gewaltige Mitgliederfluktuation — nicht in dem christlichen — sondern in dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband. So seien in der Periode 1912/13 75 248 Mitglieder eingetreten und 81 522 wieder ausgetreten. In den Jahren von 1910 bis 1913 seien allein 129 127 Mitglieder untreu geworden. Das sei ein sehr trübes Bild, was das Verbandsleben hier zeige. Es hat beinahe den Anschein, als ob der Flugblattschreiber die große Kalamität seines eigenen Verbandes auf den christlichen Verband mit Absicht ablenken wollte. Diese Kunst ist ihm aber, wie vorstehend ersichtlich, kräftig vorbeigelungen. Und wie da, so verhält es sich auch mit den Zahlen der christlichen Verbandes. Diese Kunst ist ihm aber, wie vorstehend ersichtlich, kräftig vorbeigelungen. Und wie da, so verhält es sich auch mit den Zahlen der christlichen Verbandes. Diese Kunst ist ihm aber, wie vorstehend ersichtlich, kräftig vorbeigelungen.

Recht ungehalten ist der „deutsche“ Flugblattschreiber auch darüber, daß der sogen. „Deutsche Textilarbeiterverband“ als sozialdemokratisch bezeichnet wird und er will niemand weder nach seinen religiösen noch politischen Glaubensbekenntnissen fragen. In diesem Punkte ist der rote Flugblattschreiber doch zum Heuchler seiner eigenen Idee herabgesunken. Er hätte aus dem christlichen Flugblatt nur das Geständnis seines eigenen Zentralvorstehenden Häßlich aus Berlin zitierten brauchen, welches derselbe auf der Generalversammlung in Stuttgart wie folgt ansführte:

„Wir dürfen selbstverständlich nicht unterlassen, zu betonen, was uns sonst von den christlichen Gewerkschaften trennt. Und das ist recht viel. Erstens ist es die ganze Weltanschauungsrichtung. Ohne uns mit einer Partei zu identifizieren, und ohne ein politischer Verein zu sein, brauchen wir doch nicht zu bestreiten, daß unsere Richtung die ist, die auf sozialistischer Grundlage beruht. Wir verhehlen es nicht, daß der Sozialismus bei uns propagiert wird, eben weil wir auf dem Boden des Sozialismus stehen.“

So, Herr Flugblattschreiber, so steht das religiös und politisch neutrale Gesicht des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes aus.

Aus dem bis jetzt Gesagten wird der sozialdemokratische Flugblattschreiber ersehen, wie gefährlich es ist, in so leichtfertiger Weise eine andere Organisation und deren Führer zu verdächtigen, so daß schließlich das Sprichwort in Anwendung gebracht werden könnte: „Man soll nicht nach anderen mit Steinen werfen, wenn man im Glashaue sitzt.“

Eines aber muß noch wundernehmen, nämlich, daß der „deutsche“ Flugblattschreiber ganz übersehen hat, auch auf das Vermögen der beiden Verbände einzugehen. Jedenfalls muß das ein sehr wunder Punkt für ihn sein und es wäre gar nicht unangebracht, auch da einmal eine gründliche Gegenüberstellung zu machen. Daß dem sozialdemokratischen Flugblatt auch eine direkte Unwahrhaftigkeit einverleibt werden mußte, wo „Bezirksleiter Geier als Gastwirt in Augsburg“ tituliert wird, ist bei der Veranlagung des Flugblattschreibers leicht zu begreifen.

Wir verlassen jetzt den famosen Flugblattschreiber und wenden uns zum Schluß an den gesunden Sinn der Arbeiterschaft in der Textilindustrie und erklären, der sozialdemokratische Textilarbeiterverband ist in vielen Gegenden Deutschlands gar nicht in der Lage, ohne den christlichen Textilarbeiterverband und dessen Mithilfe für die Arbeiterschaft etwas zu leisten. Der christliche Textilarbeiterverband hat aber nach dem Verhältnis seiner Stärke zum mindesten so viel geleistet, wie der sozialdemokratische Textilarbeiterverband zu leisten imstande war. Da es aber nicht jedermanns Sache ist, den roten Hied Sozialdemokrat auf sich sitzen zu haben, der sogenannte „deutsche“ Textilarbeiterverband aber eine ausgesetzene sozialdemokratische Tendenz verfolgt, erachten wir es als selbstverständlich, daß alle diejenigen in der Textilindustrie, welche keine Sozialdemokraten sein wollen, sich anschließen dem

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Emsdetten. Christlich-nationaler Arbeitertag.

Das 20. Jahrhundert gehört den Arbeitern, sagt Ihr, daß es den christlichen gehört. So sprach unlängst ein Arbeitervereinspräsident. Lebhaft wurden wir an dieses Wort erinnert, als heute der Schritt der Arbeitersatellone durch Emsdetten hakte, die hingegen, nicht zur Revolution, sondern zu einer friedlichen Demonstration für Arbeiterrecht und Arbeiterwürde.

Zu einem christlich-nationalen Arbeitertage für Emsdetten und Umgegend hatte das hiesige Ortskartell der christlichen Gewerkschaften die nachbarlichen Ortsgruppen zum Feste Christi Himmelfahrt eingeladen, um in Verein mit ihnen eine gehaltvolle Kundgebung für den christlichen Gewerkschaftsgedanken zu veranstalten. Und recht zahlreich waren die christlichen Gewerkschaftler herbeigeeilt, dadurch ein schönes Zeugnis echter Solidarität ablegend. Mittels Wagen und mit der Eisenbahn langten sie am Mittag hier an. Zur Abholung von der Bahn hatten sich der Vorstand des hiesigen Ortskartells und zahlreiche Mitglieder der hiesigen Ortsgruppen am Bahnhof eingefunden. Unter den Klängen zweier Musikkapellen bewegte sich der Zug zur Wirtschaft Gemersch, wo dann, nachdem auch einige Ortsgruppen, u. a. auch Borghorst, per Wagen angelangt waren, sich um 2 1/2 Uhr die Ortsgruppen zum Festzug formierten. Als erste hinter der Musikkapelle, die sich aus dem Trommler- und Pfeiferkorps des hiesigen Arbeitervereins und Mitgliedern der hiesigen Musikvereine zusammensetzte, marschierte die Ortsgruppe Borghorst mit einer besonders großen Schar Kolleginnen. Dann folgte die Neuenkirchener Ortsgruppe. Als dritte zeigte sich dann die Ortsgruppe Metelen. Dieser schloß sich die Ortsgruppe Mesum mit Musikkapelle an. Den Schluß bildete die Ortsgruppe Emsdetten mit einer sehr großen Zahl Mitglieder. Die Ortsgruppe Mesum hatte wegen der Boden von einer offiziellen Teilnahme Abstand genommen, doch gewahrten wir außer dem Vorsitzenden eine ganze Anzahl Mitglieder auf der Tagung. Nachdem der Festzug bei der „Walddesruh“ angelangt war und man in den herrlichen Anlagen Platz genommen hatte, erfreute die Kapelle zunächst durch einige Konzertsätze. Dann betrat Gewerkschaftssekretär Heidebröder das Rednerpult, um alle im Namen des Ortskartells herzlich zu begrüßen und willkommen zu heißen. Besonders begrüßte er den Festredner Ode-Boholt, weiter den rührigen Pionier der christlichen Gewerkschaften, Bezirksleiter Kollege Camps-Münster; dann den Gewerkschaftssekretär Kollege Artlitzer-Meine. Hierauf teilte Heidebröder mit, daß Herr Amtmann Schipper sich entschuldigen lasse, da er sich bereits anderweitig verpflichtet hätte. Er wünsche der Tagung einen würdigen Verlauf. Herr Pastor Schmiesing von der evangelischen Gemeinde ließ sich entschuldigen, weil er dienstlich verhindert sei. Dann verbeistete sich Kollege Heidebröder in kurzen Worten über die Bedeutung der Worte: christlich-national. Warum dieses Wort? Es hat jede Hälfte des Wortes seine Bedeutung. Wir nennen uns christlich, weil wir christlich sind und bleiben wollen, wie wir es auch von den Vätern erbt haben. Wir nennen uns aber nicht christlich allein, sondern auch national, weil wir auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Und dann vielleicht würde man, wölkten wir uns nur christlich nennen, bald sagen, wir hängten uns bloß das christliche Mantelchen um, um so besser zum Ziele zu kommen, um Mitglieder zu gewinnen usw. Wir treten ein für die Gesellschaftsordnung, während die Sozialdemokratie die heutige Staatsordnung umstürzen will, um ihre Ziele zu erreichen. Unser Ziel ist, den Arbeiterstand anderen Ständen nach Möglichkeit gleichberechtigt zu machen. Man versucht ja, dem Arbeiter das bishigen Freiheit, das er noch besitzt, nach mehr zu beschneiden. Aber Freiheit müssen wir haben. Man gründet überall die gelben Gewerkschaften. Diese sind zwar national; aber die Mitglieder derselben wollen keine Beiträge usw. bezahlen, sondern möglichst viel vom Arbeitgeber erhalten, sich möglichst viel — schenken lassen. Es ist dieses keine Ehre für solche Arbeiter. Auch ist es kein Ruhm von Deutschland, daß es in ihm so viele gelbe Vereine gibt. Das Koalitionsrecht muß in verstärktem Maße uns erhalten bleiben. Nachdem Kollege Heidebröder dann dem Festredner, Gewerkschaftssekretär Kollege Ode, das Wort erteilt hatte, betrat dieser nach einem allgemeinen Liede die Rednertribüne. Er überbrachte der Versammlung zunächst herzliche Grüße vom Kollegen Heide-Boholt, der früher ein eifriger Mitarbeiter in hiesiger Ortsgruppe war. Dann wies Redner auf die mannigfaltigen Schwierigkeiten hin, die der christlichen Gewerkschaft in letzter Zeit entgegengetreten sind, u. a. Schwierigkeiten in den Kreisen, die unsere Bewegung nicht verstehen, Schwierigkeiten im eigenen Lager usw. Es werden uns auch in Zukunft Schwierigkeiten nicht erspart bleiben, und gerade in der Stunde müssen wir auf dem Posten stehen. Als in dem letzten Viertel des verflossenen Jahrhunderts Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgeetze zu Stande kamen, da entsetzte man sich in Arbeitgeberkreisen und verlangte vom Staat, daß die Arbeiter nicht durch solche Geetze geschädigt würden. Jetzt macht man wieder Front gegen die Sozialreform, ebenso zieht man gegen das Koalitionsrecht zu Felde. Von den Gegnern sind besonders zu nennen: der Zentralverband deutscher Industrieller, der Arbeitgeberverband, der Hansabund, das Kartell der schaffenden Stände, der Bund der Landwirte, der Mittelstandsverband usw. Es wird gesagt, der Arbeitgeber sei nicht mehr frei; alles würde ihm durch Geetze vorgeschrieben, Arbeitslänge, Schußvorrichtungen zc. Das seien alles unerwünschte Folgen der Arbeiterschutzgeetze. Infolge der Kranken- und Invaliditätsversicherungsgeetze hätte sich eine Rentenfrage unter den Arbeitern eingestellt. Arbeiten wolle schließlich keiner mehr, nur Renten empfangen. Diesen Vorwurf wies Redner scharf zurück mit der Begründung, daß doch die event. Rente gar nicht so hoch sei, um davon ordentlich leben zu können. Es herrsche ja überall eine große Begehrungsucht, wer es aber ernst mit seiner Familie und sich selbst meint, der wird nicht von dem unethisch gehen wollen, was die Arbeiterschaft zusammengetragen hat. Rentenbegehrungsucht findet man aber auch häufig bei den höheren Ständen, man denke mal an Rentenforderungen bei Eisenbahnunglücken usw. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Versicherungsgeetze und der Arbeiterschutz viel Gutes im Gefolge haben. Die Krankheiten unter den Arbeitern, namentlich die Tuberkulose, haben stark abgenommen. So ist der Segen dieser Geetze auch dem Staat, dem Vaterlande zu Gute gekommen. Nun sagt man aber auch in den gemäßigten Kreisen, daß die Arbeiter für diese Geetze dankbarer sein müßten. Aber es ist eine eigene Sache um die Dankbarkeit; wenn man sie fordert, wird man sie nicht bekommen und Geetze sind doch auch nicht gemacht, um Dank zu ernten. Das Koalitionsrecht wird noch schärfer bekämpft, wie die Versicherungs- und Arbeiterschutzgeetze. Man fordert mehr Schutz für die Arbeitswilligen. Schon verschiedene Anträge sind an den Reichstag gerichtet worden; diese sind

aber alle unter den Tisch gefallen. Unsere heutigen Geetze reichen wohl aus, die Arbeitswilligen zu schützen. Nun kam Gewerkschaftssekretär Ode auf den Terrorismus zu sprechen und betonte dabei, wenn man den Terrorismus bei den Arbeitern bestrafen wolle, dann müsse man ihn auch bei den Arbeitgebern nicht ungeahndet lassen, dann müßten auch die Aussperrungen ihre Strafe finden. Es ist eine ernste Zeit. Wenn man sieht, wie heute die Jugend verführt wird, dann muß es einem wahren Christen in der Seele weh tun. Das „gelbe Fieber“ greift gewaltig um sich. Man hebt alle Kreise gegen die christlichen Gewerkschaften auf, man wirft die christlichen Gewerkschaftler mit den Sozialdemokraten in einen Topf. Es wird behauptet, die Handlungen der christlichen Gewerkschaften wären weder national noch christlich. Laßt sie reden, fuhr der Festredner fort, und kann nichts veranlassen, unser Programm zu ändern! Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Hebung des Arbeiterstandes. Um das aber zu erreichen, müssen wir auch die nötigen Mittel haben, und dazu gehört auch der Streik. In Streifen, die die Arbeiterverhältnisse nicht kennen, steht man auf dem Standpunkte, die Arbeiter müßten mit dem zufrieden sein, was ihnen gegeben wird. Da mutet man uns aber eine eigentümliche Nahe zu. Haben wir denn nicht ein Recht auf eine angemessene Entlohnung? Wir fordern Gleichberechtigung für alle. Man spricht stets von ungerechten Streiks, aber die Aussperrungen, die doch gewiß nicht immer aus Not oder Abwehr verhängt werden, erwähnt man garnicht, und so lange man uns nicht als gleichberechtigt ansieht und auch dem Verbände die Erfolge streitig macht, hat man kein Recht, sich über uns zu beschweren. Weiter stellt man uns oft mit der Sozialdemokratie auf eine Stufe, man hält die christlichen Gewerkschaften als ebenso verwerflich wie diese. Darauf kann folgendes erwidert werden: Waren wir nicht besser als die Sozialdemokratie, dann würde diese uns nicht so eifrig bekämpfen, dann würde sie mit uns gemeinsam gehen wollen. Die christlichen Gewerkschaften haben schon manchen Arbeiter aus dem roten Meer herausgezogen; sie trennt eine ganze Welt von den Umsturzmännern. Wir wollen garnicht abstreiten, daß auch bei uns Fehler gemacht werden, das kommt überall mal vor, es wird aber stets Sorge getragen, daß es ein zweitesmal anders gemacht wird. Die christlichen Gewerkschaften sind gern bereit, an der Entspannung im Münsterland zu arbeiten, man muß aber auch mit sich verhandeln lassen. In der heutigen Zeit muß die Öffentlichkeit, besonders der Arbeiterstand aufgeklärt werden. Freit müssen wir sein von pessimismus. Wenn man von der Ortsgruppe, vom Verbände nicht immer direkte Erfolge sieht, dann soll man nicht pessimistisch werden, sondern mal einen Rückblick auf die Tätigkeit des Verbandes werfen, da kann man sehen, daß es doch vorwärts gegangen ist. Die Solidarität wollen wir pflegen und auch öffentlich an den Tag legen. Zu Opfern für die christliche Gewerkschaftsbewegung müssen wir stets bereit sein, denn wenn wir keine Opfer bringen wollen, sind wir auch nicht wert, daß unsere Lage aufgebessert wird. Wir müssen die großen Gesichtspunkte unserer Gewerkschaft stets vor Augen haben. Wir arbeiten doch für die ganze Arbeiterschaft, und wenn irgendwo durch den Verband etwas erreicht wird, haben doch auch wir unsern Anteil daran. Wir müssen darum auch gründlich arbeiten für unsere Gewerkschaften. Wenn einer untreu werden sollte, müssen drei neue für ihn gewonnen werden. Wir können und dürfen dann das Bewußtsein in uns haben, daß wir für eine große Sache arbeiten. Darum nochmals, helfen wir alle kräftig mit, damit die christlichen Gewerkschaften wachsen und erstarken zum Segen und Nutzen des Arbeiterstandes.

Nachdem Kollege Ode seine Rede beendet hatte, wurde ihm von der Versammlung lebhafter Beifall gezollt. Inzwischen hatte sich auf dem Spielplatz ein eifriges Leben und Treiben der Kinder entwickelt. Nach einigen Konzertsätzen und gemeinschaftlichen Liedern nahm Kollege Heidebröder noch Gelegenheit, die inzwischen erschienenen beiden Präsidien des katholischen Arbeitervereins, Herrn Kaplan Droschagen und Herrn Kaplan Oders, zu begrüßen und dem Festredner zu danken. Gegen 7 Uhr erfolgte der Rückmarsch zum Ort, wo dann im Saale des Herrn Baumann ein Familienabend, verschönt durch theatrale Aufführungen, Konzerte und Vorträge stattfand. Möge der in allen Zellen glänzend verkaufte christlich-nationale Arbeitertag der ebenen Gewerkschaften recht viele neue Freunde und Anhänger zuführen und so der rührige Ortskartellvorstand sich für seine Mühen belohnt sehen.

Alle für einen,
Einer für alle!

Fort (Aussig). Die deutsche Volksversicherung Aktien-Gesellschaft, bildete das Hauptthema unserer am 19. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung. Kollege Jernison, der die Geschäfte obiger Versicherungsgesellschaft hier am Orte leitet, hatte es in dankenswerter Weise übernommen, uns einen Vortrag zu halten über „die deutsche Volksversicherung Aktien-Gesellschaft.“ An Hand des Prospektes wies derselbe die Vorteile jener Versicherungsart nach und gab auch sonst noch die für die Aufnahme von Versicherungen notwendigen Anweisungen. Die deutsche Volksversicherung Aktien-Gesellschaft schließt Versicherungen ab, bis zur Höhe von 2000 M. Die Beitragszahlung ist eine 14tägige in Höhe von 20 Pf. bis 5 M. Dann ging Redner die einzelnen Tarife durch und gab die dazu notwendigen Erläuterungen. Daß die Anwesenden dem Vortrage mit voller Aufmerksamkeit gefolgt waren bewies die außerordentlich lebhaft diskussion. Kollege Walzer kennzeichnete die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ und zeigte an Hand von Beispielen, daß dieselben mit ihren Leistungen weit hinter denjenigen der deutschen Volksversicherung Aktien-Gesellschaft, der auch die christlichen Gewerkschaften sich angeschlossen haben, zurückstehen. Diese „Volksfürsorge“ ist ein Unternehmen, in dem nur die Aktionäre, die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Konsumvereine mitzureden haben. Kollege Fassbender wies auf die Volksversicherung im allgemeinen hin. Die soziale Gesetzgebung, so führte er aus, hat dem deutschen Volke vielen Segen gebracht. Durch unsere Gesetzgebung sind wir gegen Krankheit, Invalidität, Unfall und Alter, gegen die größte Not geschützt. Auch ist dafür gesorgt, daß unsere erwerbsfähigen Hinterbliebenen vor der allerschwersten Not, dem Verhungern, geschützt sind. Aber der Staat kann nicht alles tun, deshalb muß neben die Staatshilfe die Selbsthilfe treten. Die Engländer und Amerikaner schenken der Volksversicherung mehr Aufmerksamkeit, als dies bei uns in Deutschland der Fall ist. Dort sind mindestens 70 bis 80 Prozent der gesamten Bevölkerung versichert, während bei uns in Deutschland höchstens 8 bis 9 Millionen sich einer derartigen Versicherung angeschlossen haben. Diese Versicherung bildet gewissermaßen eine Sparkasse. Sind wir versichert, und die Stunde, wo der Tod, der doch aber kurz oder lang auch an uns herantritt, schlägt, dann können wir mit umso größerer Ruhe demselben entgegensehen, weil wir wissen, daß das versicherte Kapital an unsere Hinterbliebenen

ausgehaut wird. Viele Kränen werden dadurch getrocknet, wenn auch nicht alle und wir nehmen die Gewissheit mit uns ins Grab, daß wenigstens für die erste Zeit die größte Not von Frau und Kindern ferngehalten wird. Ferner wies derselbe noch auf die Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer, teilweise Auszahlung der Versicherungssumme vor Fälligkeit derselben bei Kommunion, Konfirmation, Schulentlassung hin. Nachdem vom Referenten noch verschiedene Fragen beantwortet worden waren, wurde der Wunsch ausgesprochen, daß recht viele der „deutschen Volkversicherungskassen-Gesellschaft“ beitreten möchten; denn keine derartigen Versicherungsgesellschaften ist in der Lage, uns so günstige Bedingungen bieten zu können. Anmeldungen werden jederzeit vom Kollegen Bernikow sowie auf dem Büro entgegengenommen.

Nunmehr wies der Vorsitzende auf die Bedeutung der am 14. Juni in Forst stattfindenden Weberkonferenz hin. In anbetrach der Wichtigkeit dieser Konferenz wurde beschlossen, 4 Kolleginnen und 6 Kollegen zu derselben zu entsenden. Außer diesen von der Versammlung bestimmten Teilnehmern an derselben, können auch andere Kollegen und Kolleginnen als Gäste der Konferenz beizuwohnen. Nachdem noch beschlossen worden war, bei günstiger Witterung am 19. Juli, einen Familienausflug zu veranstalten, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Sorau. Eine lehrreiche Versammlung. Unsere am 17. Mai stattgefundene Monatsversammlung hätte in anbetrach der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein können. Da der Vorsitzende verreist war, eröffnete Kollege Mert dieselbe und hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Kollege Fashender aus Forst hielt nunmehr einen Vortrag über das Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine nationale Notwendigkeit und wie stärken wir dieselbe“. In längeren Ausführungen zeigte derselbe, wie notwendig es ist, die Reihen der christlichen Gewerkschaften zu stärken, und zeigte an Hand von Beweismaterial, daß die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung in Wirklichkeit keine „freie“, sondern eine sozialdemokratische Bewegung ist. Auch gab er uns Mittel und Wege an, wie wir in der Agitation verfahren sollen. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, noch mehr wie bisher den Vorstand in seinem Bestreben zu unterstützen, immer neue Mittelglieder dem Verbande zuzuführen. Hierbei wandte sich derselbe besonders an die Kolleginnen und zeigte uns, daß es unbedingt notwendig ist, die Kolleginnen immer mehr für die Organisation zu interessieren. Wenn dies nicht gelingt, so haben gerade die Arbeiterinnen den Schaden davon; denn Tatsache ist es, daß die Arbeiterinnen die männlichen Arbeiter immer mehr und mehr aus der Textilindustrie verdrängen. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Arbeiterinnen immer mehr, wogegen die Zahl der männlichen Arbeiter andauernd zurückgeht. Das kommt hauptsächlich daher, daß die Arbeiterinnen billiger und williger arbeiten wie ihre männlichen Kollegen. Zeils aber auch durch den Fortschritt der Technik, der es ermöglicht, daß Arbeiterinnen diejenige Arbeit, die früher nur von Männern verrichtet wurde, heute ebensogut von Arbeiterinnen verrichtet werden kann. Wenn das so weiter geht, dann werden wir es in absehbarer Zeit noch erleben, daß man da, wo es eben geht, nur noch Arbeiterinnen einstellt. Besonders aber auch, weil man glaubt, mit den Arbeiterinnen leichter fertig zu werden. Die Folge davon würde sein, daß die Löhne immer mehr gedrückt würden. Sind die Arbeiterinnen alsdann in nicht genügender Anzahl organisiert, so sind dieselben in bezug auf Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben und haben es sich selbst anzuschreiben, wenn sie nicht soviel verdienen, um ihr Dasein frischen zu können. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Kollege Mert forderte die Anwesenden auf, die Worte des Redners zu beherzigen und danach zu handeln. Hierauf wurde beschlossen, zu der am 14. Juni in Forst tagenden Tuchweberkonferenz mehrere Kolleginnen und Kollegen zu delegieren. Unter Punkt Verschiedenes wurde der diesjährige Sommerausflug besprochen. Jedoch wurde diese Angelegenheit dem Vorstande zur näheren Beratung überwiesen. In der nächsten Versammlung, die am 16. Juni stattfindet, soll derselbe der Versammlung einen fertig ausgearbeiteten Plan vorlegen. Nachdem noch verschiedene kleinere Sachen erledigt worden waren, fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Soziale Wahlen. An einigen Orten haben noch verspätete Ausschusswahlen zu den Ortskrankenkassen stattgefunden. In Erding (Oberbayern) wurden von den Versicherten der allgemeinen Ortskrankenkasse 28 christlich-nationale und 4 gegenrätische Ausschusmitglieder gewählt. Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse Pfaffenhofen a. N. wurden für die Liste der christlich-nationalen Arbeiter 242 Stimmen und für die sozialdemokratische Liste 190 Stimmen abgegeben.

Zwischen haben die Vertreterwahlen zu den Versicherungsämtern allgemein begonnen. Für das Versicherungsamt Straubing (Niederbayern) wurden 4 Beisitzer der christlich-nationalen Arbeiterschaft und 2 Beisitzer der Gegenliste gewählt. Zum Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft Zittau (Sachsen) stellen die Sozialdemokraten 4 Vertreter und die christlich-nationalen Organisationen 2 Vertreter. Mit dem gleichen Resultat endeten die Vertreterwahlen für das Versicherungsamt Stadt Herford, wo die Sozialdemokraten 4 Vertreter und die Christlich-nationalen 2 Vertreter stellen. Für das Versicherungsamt des Kreises Herford stellen die Christlich-nationalen und Sozialdemokraten gleichviel, nämlich je 3 Vertreter. Bei der Wahl zum Versicherungsamt Dortmund waren 3 Listen aufgestellt. Eine von den christlichen Organisationen, eine von sozialdemokratischer Seite und eine von den vereinigten Betriebskrankenkassen. Das Wahlergebnis brachte für jede der aufgestellten Listen 2 Vertreter. Sehr günstig haben die christlichen Organisationen bei der Wahl zum Versicherungsamt M.-Glabbach (Stadt) abgeschnitten. Sie stellen von den 6 zu wählenden Beisitzern 5, während sich die Sozialdemokraten mit einem begnügen müssen. Für das Versicherungsamt im Kreis M.-Glabbach war nur von den christlichen Organisationen eine Vorschlagsliste eingereicht, deren Kandidaten als gewählt erklärt wurden.

Bei der Bedeutung der Vertreterwahlen zu den Versicherungsämtern ist es unbedingt erforderlich, daß die Vorstände der christlich-nationalen Organisationen sowie die von christlich-nationaler Seite gewählten Krankenkassenvorstandsmitglieder überall auf dem Posten sind, um sich den entsprechenden Einfluß in den Versicherungsämtern zu sichern.

Zum Versicherungsamt Kreis Bonn (Land) stellen die christlichen Arbeiter 5, die Sozialdemokraten 1 Vertreter. In Mülheim a. Rh. (Stadt) wurden 3 christliche und 3 sozialdemokratische Vertreter gewählt; ferner in Krefeld (Landkreis) 5 christliche, 1 sozialdemokratischer Vertreter; Krefeld (Stadt) 3 christliche und 3 Sozialdemokraten; Rheidt 5 christliche, 1 Sozialdemokrat; Wierfen 6 christliche; hier war die von sozialdemokratischer Seite eingereichte Vorschlagsliste ungültig; Schwäbisch-Gemünd 4 christliche und 2 Sozialdemokraten; Neustadt a. S. 2 christlich-nationale und 4 Sozialdemokraten; Berg-Habern 3 christlich-nationale und 3 Sozialdemokraten; Landau (Stadt) 3 christlich-nationale und 3 Sozialdemokraten.

Die Schiffbarmachung des Oberrheins. In dem Gesetz über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen vom 23. Dezember 1911 ist die Schiffbarmachung des Oberrheins bis Konstanz in Aussicht genommen. Dieses in handelspolitischer Beziehung hochbedeutungsvolle Projekt hat weit über die örtlich beteiligten Kreise hinaus das lebhafteste Interesse erregt. Wie gemeldet wird, hat auch der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, der in Duisburg-Ruhrort seinen Sitz hat, beschlossen, diese Frage auf die Tagesordnung seiner nächsten außerordentlichen Hauptversammlung zu setzen, die im Mai oder Juni in Köln stattfinden soll. Es duldet keinen Zweifel, daß die Ausdehnung der Rheinschiffahrt bis in den Bodensee, wodurch ein direkter Bahnanschluß auch nach Desterreich erreicht werden könnte, für die zahlreichen Rheidereten der Rheinschiffahrt sowohl wie namentlich auch für die Partikulierschiffer, die in den letzten Jahren wegen allzu starker Vermehrung des Schiffsverkehrs über eine Schmälerung ihres Verdienstes zu Klagen hatten, von größtem Vorteil wäre. Der Ausbau der Rheinschiffahrt bis zum Bodensee steht allerdings in engem Zusammenhang mit der Frage der Schiffsverkehrsabgaben, weil erst durch die Erhebung von Abgaben die Mittel zur Deckung der nicht unbeträchtlichen Baukosten gewonnen werden könnten. Indes ist anzunehmen, daß die großen Vorteile, welche dem Rottendamer Handel und der sich ständig entwickelnden holländischen Rheinschiffahrt durch einen leistungsfähigen Wasserweg nach dem Bodensee geboten würden, auch von den Holländern auf die Dauer nicht verkannt werden können und daß diese Einsicht auch ihre Stellung zur Frage der Schiffsverkehrsabgaben in günstigem Sinne beeinflussen wird. Zur Oberrheinkanalisierung käme dann noch die Bodenseeregulierung.

Das belgische Arbeiterversicherungsgesetz. Die belgische Kammer hat vor kurzem die Durchberatung der Arbeiterversicherungsgesetze beendet und sie mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Nach dem angenommenen Entwurf ist, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ vom 5. Mai entnehmen, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die weniger als 2400 Frs. Lohn im Jahre beziehen, vom 16. Lebensjahre ab versicherungspflichtig. Es wird eine Krankheits-, eine Invaliden- und eine Altersversicherung eingeführt. An Beitrag zahlen die Arbeiter jährlich 24 Frs., nämlich 12 Frs. für Kranken- und je 6 Frs. für Invaliden- und Altersversicherung. Bei einem Wochenlohn von weniger als 15 Frs. verringern sich die Beiträge. Die Arbeitgeber zahlen 8 Frs. für jeden Arbeiter und zwar je 2 Frs. für Kranken- und Invaliden- und 4 Frs. für Altersversicherung, wovon die 2 Frs. für die Invalidenversicherung bei genügend vorhandenen Mitteln in Wegfall kommen. Der Staat leistet Beiträge in einer Höhe von ungefähr 9-10 Frs. pro Arbeiter, was bei zwei Millionen Versicherungspflichtigen eine jährliche Ausgabe von etwa 20 Mill. Francs bedingt.

Die vom Staat anerkannten Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit behalten ihre Tätigkeit bei. Die Arbeiter erhalten im Krankheitsfalle freien Arzt und Medikamente sowie eine Entschädigung bis zu zwei Dritteln des Lohnes vom fünften Tage der Krankheit an und eine gleiche Entschädigung bei vorzeitiger Invalidität, und zwar bis zum 65. Lebensjahre, wo dann die Altersversicherung eintritt. Diese beträgt 365 Frs. im Jahre.

Der sozialistische Abgeordnete Cantille Juhymans schlug vor, die Altersversicherung kostenlos zu machen, also die Beiträge der Arbeiter abzuschaffen, oder doch die Altersrente auf 600 Frs. jährlich zu erhöhen. Aber diese beiden Vorschläge wurden zurückgewiesen. Für besondere Krankheiten, wie zum Beispiel Tuberkulose, werden Sanatorien eingerichtet, für deren Bau die Regierung 5 oder 6 Mill. Francs auswirft.

Während des Wochenbetts erhalten die Frauen einen Beitrag von 30 Frs., wie die Regierung vorschlug, oder vielleicht auch von 45 Frs., wie die Kommission vorschlug. Die Abstimmung über die letzten Artikel geschah in derartiger Hast und Verwirrung, daß nur wenige Abgeordnete genau wußten, welche Fassung nun eigentlich angenommen war.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen des Pfingstfesttags mußte die Redaktion bereits Samstag morgen geschlossen werden. Darum sind mehrere später erscheinende Aufsätze u. a. bis Herbstfest, Herbstfest, Herbstfest

Versammlungskalender.

- Altenberg. 28. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Hubert Brandt, außerordentliche Versammlung.
- Müritzen-St. Georg. 7. Juni, 10 1/2 Uhr, bei Ww. Bernhardt, Klassen.
- Borsdorf. 7. Juni, 11 Uhr, im Lokale Feldhaus.
- Cottbus. 13. Juni, im evangelischen Vereinshaus, Spruckstraße 12, Generalversammlung mit Vortrag.
- Embsbetten. 7. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Baumann.
- Greiz (W.). 20. Juni, 1/2 9 Uhr, in Gollas Lokal, Lichtbildvortrag.
- Greifrath. 7. Juni, 11 Uhr, bei W. R. Sammes.
- Herrings-Dahl. 11. Juni, 7 Uhr, bei Josef Schumacher, 1/2 6 Uhr Vertrauenspersonenitzung.

Literarisches.

Abglanz des Lebens. Gedichte von Heinrich Versch. Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung.

Durch den Glanzkreis der Sonne bricht, wie von Himmelshöhen gehalten, ein schwarzer Hammer von purpurnen Strahlen umhüllt. Sie senken sich nieder tiefer und tiefer auf die Erde, in den graudunklen Raum einer Schmelze und schenken sich dort als hohe Gaben einem Sonntagskind. Als die Strahlen auf goldenen Stiegen hinabgingen in die erkennende Seele des Dichters, da wurden seine Augen lichtvoll und groß, und als wenn ihn die Hämmer auf zischendes Eisen fuhren, sang er sprach sein Herz manliche Worte heiliger Arbeit und für Luft der Minne. Und was die Seele in erglühenden Stunden ersann, schrieb seine Hand nieder und er gab uns das einfache Buch, ganz ohne Schmuck, das abtrotzt, wie ein Gemälde von Hans Memling. Einmaligen Wegen ist Heinrich Versch nachgegangen, treue lieben, deutschen Wegen, die auch du gerne gehst. Er trat aber frühzeitig aus dem Märchenwald der Romane und sah vor sich und seine Seele ausgebreitet das große Land der Arbeit; da wurde sein Herz wach und sein Urme streckten sich verlangend nach dem neuen, flammenden Reich aus. Er stieg hinab, wo das Leben der neuen Zeit brausend ihn umringt und er trug ein Ziel in sich, das hoch über allem Staube war, dessen eherner Glanz durch das Trübe und Dunkle der Tage leuchten und führen sollte. Arbeiterdichter! Neue, unbekannte Sehnsucht lebt in seinen Worten vor uns auf, im Jungland steht er und schafft, ein eigener Mann, eines Melobles. In Herzenstiefen und im Lebensstreit ein Bruder der armen, neumachenden Volke zu sein, ein Ruder im stolzen Ringen, ein Mahner und Herold der neuen Zeit zu werden. Der Weg ist weit, das Ziel erhaben! Dank nehmen wir aus seinen Händen die Erstlingsgabe und hoffen, daß die große, herrliche Blume, nach der die Sehnen unserer Zeit geht, einst aus seiner Seele erblühen möge. — Es steht auch ein Wortwort in diesem Gedichtband. Diese sollen in der Regel als Empfehlung dienen, oder auch als Biographien. Manchmal soll so ein Wortwort gut sein. Oft bliebe es besser fort. G. W.

Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen versehen von R. Burgmeister, Neuausgabe 1914. Gesetzverlag v. Schwarz u. Co. Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. Preis M. 1.10. In Leinenband M. 1.50.

Jeder, sei er jung oder alt, arm oder reich, verheiratet oder ledig, hat die moralische Pflicht, sein Haus zu bestellen und zu verlegen, in welche Hände sein Haus und Gut nach seinem Tode gelangen soll. Das Gesetz hat die Errichtung von Testamenten ohne Mitwirkung von Notar und Gericht einerseits sehr leicht gemacht, andererseits sind ganz bestimmte Regeln und Vorschriften zu beobachten, wenn das Testament gültig sein soll. Das vorliegende Buch, das den Stoff in kurzer, leicht verständlicher Form behandelt, und auf alle Verhältnisse zu treffende Muster zu Testamenten enthält, ist dazu bestimmt, bei der kostenlosen Errichtung letztwilliger Verfügungen insbesondere bei gemeinschaftlichen Testamenten von Ehepartnern ein zuverlässiger, unentbehrlicher Berater zu sein. Das Werkchen soll dazu beitragen, daß bei der Tode eines der Gatten die Rechtsverhältnisse des überlebenden Gatten, bezw. Gattin und der Kinder in jeder deutschen Familie kostenlos geregelt sind, und viele Kummer, Sorgen und Zwist vermieden werden.

Inhaltsverzeichnis.

- Reg' an. — Artikel: Die sozialpolitische Müdigkeit. — Das Mehrstufenproblem in Belgien. — Lohnberechnungsmethoden in den Webereien. — Opfer der Arbeit. — Feuilleton: Ein Rundgang durch die Kölner Werkundausstellung. — Allgemeine Rundschau: Rechtschutz in den christlichen Gewerkschaften. — Der freie Samstagnachmittag in Holland. — Schlaglichter auf die Wohnungsfrage. — Eine berechtigter Warnung. — Unternehmer und Wirtschaftsfrieden. — Nur erst recht. — Unentwegte. — Arbeiter in Gewerkschaftsaufsichtsdienst. — Einiges über Automaten-Webstühle. — Aus unserer Industrie: Ein Truht in der russischen Textilindustrie. — Einigung im Krawattengewerbe. — Die deutsche Teppich-Industrie und die Einfuhr orientalisches Teppiche. — Futeraubauerfunde einer Kalkuttaer Futu-Spinneret in Britisch-Indien. — Der Verband Deutscher Buntwebereien und verwandter Betriebe. — Aus dem Verbandsgebiete: Aus unserer Bezirke: Aachener Stöpselweberinnen. — Deutsche Agitationsmethoden in Bayern. — Berichte aus der D.-S. Gruppen: Embsbetten. — Forst. — Sorau. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Soziale Wahlen. — Die Schiffbarmachung des Oberrheins. — Das belgische Arbeiterversicherungsgesetz. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungskalender. — Literarisches.